

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement Preis 20 Mark monatlich 1.10 Mk.
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die festgesetzte Zeilenlänge
je nach dem Raum 20 Pf. für
politische und gewerbliche Anzeigen

Ersteht täglich.

Berliner Volksblatt.

Telegraphisch-Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“.

N O S W

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonnabend, den 21. November 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Bei Lodz und Czenstochau wird weiter getämpft.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Ankündigung neuer Kämpfe in Flandern.
London, 20. November. (W. T. B.) „Evening News“ meldet aus Rotterdam: Vom Dienstag bis zum Mittwoch war der Eisenbahnverkehr in Belgien eingestellt.

Ein italienisches Urteil.

Mailand, 20. November. (W. T. B.) Im „Corriere della Sera“ schreibt der Militärkritiker Angelo Gatti: Frankreich besitzt heute nur noch Defensivkraft (forza di resistenza). Hier eingetroffene Nachrichten, die vertrauenswürdig sind, besagen, daß das französische Heer sehr erschüttert ist.

80 000 Mann englische Verluste.

London, 18. November. (W. T. B.) Lord Newton sprach heute in einer Werbeversammlung in Salford und sagte darin, daß er die Verluste der englischen Truppen, die nach Kessitt bis zum 31. Oktober 57 000 Mann betragen hätten, jetzt auf 80 000 Mann schätze.

Englische Rufe nach Verstärkungen.

London, 20. November. (W. T. B.) Die „Times“ veröffentlichte Briefe englischer Offiziere aus der Front. Ein Major des Hochländer-Regiments schreibt: England sei noch immer nicht zum vollen Bewußtsein der Anforderungen des Krieges gekommen.

Ein Brigadegeneral schreibt: Die deutschen Gewehrflügel sind besonders tödlich, da sie von ausgesuchten Schützen abgefeuert würden, die nur darauf warten, daß sich in unseren Laufgräben ein Kopf zeigt.

Flucht aus dem holländischen Internierungslager.

Amsterdam, 10. November. (Privatelegramm des „Dorwärts“.) Aus dem Internierungslager in Bergen sind ein deutscher Landwehrleutnant und ein Marinefähnrich, die seinerzeit mit einem Flugzeug niedergingen, entflohen.

Die Meldung des Großen Hauptquartiers

Amtlich. Großes Hauptquartier, 20. November, vormittags. (W. T. B.)

In Westflandern und in Nordfrankreich keine wesentlichen Änderungen. Der aufgeweichte, halb gestorene Boden und Schneesturm bereiteten unseren Bewegungen Schwierigkeiten.

An der Grenze Ostpreußens ist die Lage unverändert. Westlich der Seenplatte bemächtigten sich die Russen eines unbefestigten Feldwerkes und der darin stehenden alten, unbeweglichen Geschütze.

Offiziere bei ihrer Internierung ihr Ehrenwort gaben, könnten sie in Deutschland vor den Ehrenrat kommen.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Kämpfe in Polen und vor Przemyśl.

Wien, 20. November. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart: 20. November mittags. Auch gestern hatten die Verbündeten in russisch-Polen überall Erfolge.

Vor Przemyśl erlitt der Feind bei einem sofort abgeschlagenen Vorstoß, stärkere Sicherungstruppen näher an die Südfrent der Festung heranzubringen, schwere Verluste.

Russische Meldung über die große Schlacht in Polen.

Petersburg, 20. November. Ein Bericht des Großen Generalstabes besagt: Auf dem linken Ufer der Weichsel entwickelte sich in diesen letzten Tagen auf zwei Schauplätzen, auf der Front zwischen Weichsel und Barthe und auf der Linie Czenstochau-Prakau eine Aktion.

In Ostpreußen greifen unsere Truppen stark ausgedehnte Stellungen an. Westlich von Angerburg sind die deutschen Laufgräben mit dreifachen Drahtverhauen, Wassergräben und ganzen Stacheldrahtwegen besetzt.

Die russischen Verluste.

London, 19. November. (Z. U.) Den „Times“ wird aus Kopenhagen gemeldet, daß die russischen Verluste in den letzten Kämpfen in Polen auf 40 000 bis 50 000 Mann geschätzt werden.

Der Militärkritiker des „Berner Bund“ zur Kriegslage.

Von der schweizerischen Grenze, 19. November. (Z. U.) In einer Besprechung der Kriegslage beurteilt der Militärkritiker des „Berner Bund“ die Sachlage auf dem östlichen Kriegsschauplatz wie folgt:

Die Meldung des russischen Generalstabes vom 17. November spiegelt die Ueberraschung wider, die Hindenburg den Russen mit seinem Planenstoß bereitet hat. Das Telegramm ist in dieser Hinsicht geradezu ein Dokument, denn es offenbart sich darin die Verkenntnis der Lage, in der sich der russische Generalstab befindet.

Die russische Bürokratie und die Autonomie Polens.

In der russischen Presse findet zurzeit ein lebhafter Meinungs-austausch über die Gestaltung der künftigen Verhältnisse Polens statt. Der Ton dieser Meinungen ist sogar in der bisher polenfeindlichen reaktionären Presse auf „Verbrüderung“ mit den Polen gestimmt.

Die Differenz in der Sprachenfrage, bemerkte er, würde kein Hindernis sein für die Einführung der städtischen und der Landschaftsreform. Freiheit der Sprache und der Konfession besitze Polen schon heute (?) in vollem Umfange.

Nach dieser Konstruktion der polnischen Selbstverwaltung nach dem Muster der seit 1910 in einem Schatten verwandelten Selbstverwaltung Finnlands stellt aber Kobylinski an Polen folgende Alternative: Wenn es zu einer Einberufung des polnischen Landtages kommt, müssen unbedingt auch andere Reformen eingeführt werden: so eine Zollgrenze zwischen Polen und den innerrussischen Gouvernements.

darum zu tun ist, den reichen russischen Markt zu erhalten; sie weiß, daß viele der nationalpölnischen Patrioten bereit sind, den nationalen Idealen um des Profits willen Vales zu sagen, und deshalb verläßt sie die Frage der politischen Autonomie Polens mit der Drohung einer polnischen Zollgrenze, die den politischen Forderungen der polnischen Bourgeoisie einen starken Dämpfer aussprechen soll.

Es wird noch heftige innere Kämpfe folgen, ehe die infolge des Krieges vorläufig noch selbstbewußter gewordene russische Bureaucratie zu einer anderen Auffassung der inneren Probleme Rußlands bekehrt werden wird.

Vom österreichisch-serbischen Kriegsschauplatz.

Neue österreichische Erfolge.

Wien, 20. November. (W. Z. B.) Vom südlichen Kriegsschauplatz wird amtlich gemeldet: 20. November. Partielle Kämpfe auf der ganzen Front. Angriff auf die befestigte Stellung von Zagorac macht günstige Fortschritte. Western wurden sieben Offiziere und 880 Mann gefangen. Ungünstige Witterung; auf den Höhen ein Meter Schnee, die Niederungen überschwemmt.

Der türkische Krieg.

Folgen des türkischen Vordringens in Ägypten.

Konstantinopel, 19. November. (W. Z. B.) Aus zuverlässiger Quelle erfährt der Privatkorrespondent von Wolffs Telegraphischem Bureau, daß infolge des Vordringens der Beduinen und Araber der Sitz der Zivilbehörden von Suez, Port Said und Smaila eilig nach Zagazig verlegt worden ist. Die Verwaltung des Suezkanals hat das Militär übernommen. Die Regierungsschulen in Zagazig sind geschlossen, die Schüler entlassen und die Gebäude in Militärhospitäler umgewandelt worden. Ein englischer Versuch, eine Spaltung unter den ägyptischen Notabeln und der Familie des Vizekönigs herbeizuführen, ist mißlungen. Hussein Kamel ist von dem Vizekommandanten Ramura nach Kairo gebeten worden, wo ihm der Zivilgouverneur Cbeetham den höchsten Posten anbietet. Der Prinz lehnte indessen ab. Diese Ablehnung ruft in ganz Ägypten große Genugtuung hervor. — Es bestätigt sich, daß die männlichen Mitglieder der deutschen und österreichischen Kolonie in der zweiten Novemberwoche rücksichtslos in die Eisenbahnen gesperrt, nach Alexandria geschafft und dann nach Malta verschifft wurden.

Indische Truppen gegen Türken und Perser.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Konstantinopel: Die Engländer haben in Noweit 4000 Mann, auf den Bahrein-Inseln im Persischen Golf 6000 und in Bender und Buschir an der Südküste Persiens 5000 Mann indischer Truppen gelandet. Die Türken charterten zur Sperrung des Schatt-el-Arab (Bassora) den dort liegenden Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie „Ebatana“, den sie dann versenkten. Außerdem sorgt eine gute Minensperre für die Sicherung des Schatt-el-Arab gegen englische Angriffe.

Die Türkei versichert sich der Ausländer.

London, 20. November. (W. Z. B.) Die „Times“ melden aus Kairo vom 17. November: Den britischen, französischen und russischen Untertanen in Syrien ist verboten worden, das Land zu verlassen. Bisher wurden nur wenige gefangen gesetzt.

Der Seekrieg.

Die Ueberlebenden vom Kreuzer „Emden“.

London, 20. November. (W. Z. B.) Nach einem über Singapore eingetroffenen Telegramm befinden sich 150 Ueberlebende vom Kreuzer „Emden“ in Kriegsgefangenschaft.

Die Verluste der englischen Flotte.

London, 18. November. (W. Z. B.) Unterhaus. Auf eine Anfrage Lord Charles Beresfords erwiderte Marineminister Churchill, die Gesamtverluste der Flotte seit Beginn des Krieges hätten 222 Offiziere tot, 37 verwundet und 5 vermißt betragen; die der Mannschaften 3455 tot, 428 verwundet und 1 vermißt. Diese Zahlen enthielten nicht die Vermissten von der Seebrigade, noch die von der Besatzung der „Good Hope“. In beiden letzteren Fällen seien die Zahlen noch unvollständig. Schätzungsweise betrage die Zahl der Vermissten der Seebrigade 1000 und die der Vermissten der „Good Hope“ 875. Auch die in Holland internierten Offiziere und Mannschaften der Seebrigade seien in den Angaben nicht enthalten. — Auf eine weitere Anfrage erklärte im Namen der Regierung Tennant, daß keine russischen Truppen durch England auf den westeuropäischen Kriegsschauplatz befördert worden seien.

Der Krieg und die Kolonien.

Die Lage in Ostafrika.

London, 20. November. (L. U.) Im Oberhaus gab Lord Cleve zu, daß die englische Lage in Ostafrika bisher sehr ungünstig ist. Die englischen Verluste belaufen sich dort jetzt bereits auf 90 Mann. Man hofft, durch die baldige Entsendung von Verstärkungen die Situation verbessern zu können.

Schwere englische Verluste in Ostafrika.

London, 20. November. (W. Z. B.) Oberhaus. Im Oberhaus sprach Lord Crewe am 18. d. M. auch über die Kämpfe in Ostafrika. Er sagte: Es war zu Anfang des Krieges deutlich, daß die britische Stellung dort nicht völlig sicher war und daß es frühzeitig notwendig war, Verstärkungen zu senden. Der Kampf begann im Westen und dauerte an verschiedenen Punkten mit wechselndem Ergebnis an. Als man Genaueres über die deutschen Vorbereitungen wußte, wurde es notwendig, Verstärkungen aus Indien zu senden.

Nicht weniger als sieben Klein-Aktionen fanden auf dem Gebiet mit wechselndem Resultat statt. Die Operationen waren mit beträchtlichen Verlusten verbunden. In einem Falle wurde ein Angriff auf eine wichtige vom Feind mit einer Anzahl Leuten und Maschinengewehren gehaltene Stellung gemacht, wobei unsere Truppen schwere Verluste erlitten, ohne ihr Ziel zu erreichen. Die Gesamtverluste in Ostafrika betragen in zwei Monaten etwa 900 Mann. Obwohl das Schicksal der deutschen Kolonien von dem Endergebnis des Krieges abhängt, ist es doch notwendig, die britische Stellung als Vormacht in Süd- und Zentralafrika zu erhalten und in Ostafrika ist es notwendig, die deutschen Angriffe mit allen verfügbaren Mitteln abzuwehren und bei günstiger Gelegenheit zu erwidern.

Russische Arbeit in den Balkanstaaten.

Der nächste Mitarbeiter des russischen Ministers des Äußeren und bisheriger Chef der orientalischen Abteilung des Ministeriums des Äußeren, Fürst G. A. Trubekoi ist am 18. d. M. aus Petersburg nach Reich abgereist, um den Posten eines Gesandten am serbischen Hof anzutreten. In Petersburger diplomatischen Kreisen mißt man dieser Reise eine große Bedeutung bei und hofft, daß es dem Fürsten Trubekoi gelingen würde, die Differenzen zwischen Serbien und Bulgarien zu beseitigen und dadurch die Wiederherstellung des Balkanbundes zu ermöglichen.

Von dem Gelingen dieser Mission hängt es nach Ansicht der russischen Diplomatie ab, ob Bulgarien aktiv gegen die Türkei vorgeht oder bei seiner bisherigen Neutralität bleibt. Wie die „Nowoje Wremja“ halbamtlich mitteilt, soll die bulgarische Regierung den offiziellen Vertretern der Reichsbürger, Pariser und Londoner Kabinete erklärt haben, ihr Anschluß an den Dreierbund hänge davon ab, ob Bulgarien Mazedonien erhalte oder nicht. Eine indirekte Bestätigung findet dieser Ansicht in einem Artikel des „Konstantinopeler Abend“, in dem die Posten aufgeführt wird, der Haltung Bulgariens größte Aufmerksamkeit zu schenken. Bulgarien, heißt es in diesem Artikel, hat an unserer Grenze eine hunderttausendköpfige Armee angelammet und beruft fortgesetzt seine Reserven ein. Es kann daher vielleicht seine Stellung ändern und seine Regimenter gegen uns marschieren lassen.

Was die Haltung der anderen Balkanstaaten anbetrifft, hat die griechische Regierung, der „Nowoje Wremja“ zufolge, der russischen Regierung erklärt, sie werde in dem Augenblick, wo Bulgarien gegen die Türkei losbräche, gleichfalls gegen die Türkei vorgehen. Ähnlich soll die rumänische Regierung ihr Vorgehen gegen Serbien von dem Losschlagen Bulgariens abhängig gemacht haben. In diesen Erklärungen, vorausgesetzt, daß sie vollkommen den Tatsachen entsprechen, kommt das Widerstreben der Balkanstaaten gegen ein Aufgeben ihrer Neutralität deutlich zum Ausdruck. So hieß es noch in der vorigen Woche, Griechenland würde losschlagen, sobald es nur gegen einen Angriff Bulgariens gesichert sei. Nun wird sein Anschluß an den Dreierbund schon von dem Losschlagen Bulgariens in Abhängigkeit gesetzt. Technisch ergibt es auch Bulgarien und Rumänien, die zwar genau so wie Griechenland darauf brennen, diese oder jene „Kompensation“ zu erlangen, deren Hauptanliegen aber darauf gerichtet ist, diese „Kompensationen“ auf friedlichem Wege, ohne direkte Beteiligung am Kriege herauszuholen. Der auf sie von allen Seiten ausgeübte diplomatische Druck kann sie aber eines schönen Tages zwingen, in den Trübel des Weltkrieges hineinzuspringen.

Italiens Orientinteressen.

Rom, 19. November. (L. U.) Das „Giornale d'Italia“ schreibt, es sei nicht ausgeschlossen, daß Italien ein Abkommen mit den Orientstaaten treffe, aber es sei müßig, eine so delikate Frage nach einem Schema oder nach einem ausgeklügelten Bündnisystem lösen zu wollen, während man von der Kenntnis der tatsächlichen politischen und diplomatischen Grundlagen noch weit entfernt sei.

Dies heißt, bemerkt dazu die „Frankf. Hg.“, daß sowohl Italien als gewisse Balkanstaaten mit ihren Entschlüssen warten, bis die Ereignisse, wie man dies vor allem nach dem Eintritt der Türkei in den Krieg erwarten kann, eine neue Orientierung der Politik nahelegen.

Die amerikanische Vermittelung.

Die New Yorker „Associated Press“ veröffentlicht eine offizielle Mitteilung über die Auffassung des Präsidenten Wilson von seiner Stellung als eventueller Friedensvermittler. Die Vereinigten Staaten wollen danach nicht eher ihre Vermittelung anbieten, als die Kriegführenden gezeigt haben, daß sie gewillt sind, ein derartiges Angebot entgegenzunehmen. Nachdem die Vereinigten Staaten ihre Genehmigung, eventuell die Rolle eines Vermittlers zu übernehmen, schon zu erkennen gegeben haben, würde es nur Schaden anrichten können, wenn die Vereinigten Staaten mehr im jetzigen Zeitpunkt unternehmen würden. Präsident Wilson deutet an, daß er mit Vergnügen bereit sei, mit den Regierungen anderer neutraler Staaten zusammenzuarbeiten; aber ein derartiges Zusammenarbeiten könne nicht eher beginnen, als die Kriegführenden erklärt haben, daß sie die Vermittelung einer Gruppe neutraler Nationen wünschen.

Deutschland und Irland.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Der bekannte irische Nationalist Sir Roger Casement, der kürzlich aus den Vereinigten Staaten von Amerika nach Berlin gekommen ist, wurde im Auswärtigen Amt empfangen. Sir Roger Casement wies darauf hin, daß in Irland ansehend von der britischen Regierung autorisierte Darlegungen des Inhalts veröffentlicht würden, ein deutscher Sieg werde dem irischen Volke großen Schaden zufügen, da sein Land, seine Wohnstätten, seine Kirchen und seine Priester auf Gnade und Ungnade einem Heere von Eindringlingen preisgegeben sein würden, die nur Raub und Eroberungsjacht leiteten. Neuerliche Zeugenaussagen Dr. Redmonds gelegentlich seiner Rekrutierungsercise durch Irland sowie mannigfache Auslassungen der britischen Presse in Irland über diesen Gegenstand hätten, so betonte Sir Roger, weite Verbreitung gefunden, und unter den Iren natürlich Befürchtungen hervorgerufen bezüglich der Haltung Deutschlands gegen Irland im Falle eines deutschen Sieges. Sir Roger bat um Abgabe einer überzeugenden Erklärung über Deutschlands Absichten gegen Irland gegenüber, die seine Landsleute in der ganzen Welt und besonders in Irland und Amerika angesichts der beunruhigenden, von verantwortlichen britischer Seite stammenden Darlegungen wieder zu beruhigen vermöchte.

Der stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes hat darauf im Auftrage des Reichskanzlers folgende amtliche Erklärung abgegeben:

Die kaiserliche Regierung weist die böswilligen Absichten, die ihr in den von Sir Roger Casement angeführten Darlegungen untergeschoben werden, auf das entschiedenste zurück, und benutzte diese Gelegenheit, um die kategorische Versicherung abzugeben, daß Deutschland nur Wünsche für die Wohlfahrt des irischen Volkes, seines Landes und seiner Einrichtungen hegt.

Die kaiserliche Regierung erklärt in aller Form, daß Deutschland niemals mit der Absicht einer Eroberung oder der Vernichtung irgendwelcher Einrichtungen in Irland einfallen würde.

Sollte im Verlaufe dieses Krieges, den Deutschland nicht gesucht hat, das Waffenglück jemals deutsche Truppen an die Küsten Irlands führen, so würden sie dort landen nicht als eine Armee von Eindringlingen, die kommen, um zu rauben und zu zerstören, sondern als Streitkräfte einer Regierung, die von gutem Willen gegen ein Land und gegen ein Volk bezeugt ist, dem Deutschland nur nationale Wohlfahrt und nationale Freiheit wünscht.

Was man in Irland schreiben darf!

Unser Londoner Korrespondent schreibt uns aus Amsterdam: Die englische reaktionäre Presse, die „Times“ an der Spitze, haben eine Hebe veranstaltet, um die Pressefreiheit in Irland zu vernichten. Vielleicht gelingt es den Herren. Noch ist die Homerule, und mit ihr eine demokratische Verfassung, in Irland nicht Tatsache, noch wird das Land auch nicht direkt von der englischen Regierung, sondern von der verhassten unverantwortlichen Bureaucratie von Dublin Castle regiert, das in bezug auf Volksunterdrückung und Gewaltregiment auch dem Jarrismus nicht viel vorzuzuwerten hat. Aber leicht dürfte es doch nicht werden, die unverschämlichen Sektionen der irischen Nationalisten mundtot zu machen. Begreiflich ist es allerdings, daß die englischen Imperialisten wie besessen nach dem Jenior schreien; denn diese irischen Patrioten nehmen sich kein Blatt vor den Mund. Und was sie ihren jungen Leuten zu sagen haben, ist schlecht dazu angetan, die Rekrutenwerbung in Irland zu fördern. Hier ein Auszug aus dem in Süderland weiterverbreiteten Wochenblatt „The Irish Volunteer“ vom 7. November:

Wir wissen jetzt selbst der Mühsal unter uns, daß der britische Haß sich nicht geändert hat — daß England, der Kaufbold der Meere (The bully of the seas), derselbe rücksichtslose Friedensstörer ist wie zur Zeit, als die dänische Flotte vor Kopenhagen gerichtet wurde, als Ägyptens Verfassungskampf durch die Bombardierung Alexandriens erdrückt wurde. Wir sehen hier, daß das Reich in seinem Wesen bleibt, was es immer gewesen ist — eine unerträgliche Drohung für den Frieden und den Fortschritt der Welt. Wir wissen, solange wir innerhalb des britischen Reiches oder auch nur durch die gestirnten Bande mit ihm verknüpft bleiben, so lange werden wir der — wenn auch noch so unwilligen — Beteiligung an dem Piratenraub, auf dem das Reich begründet ist, nicht entkommen können, so lange werden wir, halb Opfer, halb Geschäftsteilhaber, an den Schogannathwogen des Imperialismus gekoppelt, mitgeschleppt werden. Unsere einzige Sicherheit, die einzige Hoffnung für unsere nationale Entwicklung und unsere nationale Ehre liegt darin, daß wir uns von dem letzten Land freischneiden, das uns an den englischen Imperialismus bindet. Der einzige Weg zu dem glänzenden und glücklichen Irland unserer Wünsche führt durch den Untergang des britischen Weltreiches.

Und wo Dornel wieder für seine alte Sache in Waffen steht, wo deutsche Kanonen die engen Meere beherrschen, wo deutsche Ueberflucht sich ihre Opfer aussuchen, wo die religiösen Zentren des indischen und ägyptischen Mohammedanismus von dem Schrei des Heiligen Krieges gegen den Unsterblichen widerhallen, wo Konstantinopel sicher entweder in die Hände der Deutschen oder der Russen fallen (was beides gleich unüberdäulich für England ist), wo Belgien von der Defektion Englands in steigendem Maße angezogen wird, wo Frankreich durch das deutsche Anerbieten, französische Leihtruppen zurückzuführen, in die Höhe gehoben wird, — da mag der Untergang des Piratenreiches nicht so fern sein, als Bestimmten annehmen. Seien wir bereit, um unsere Rolle zu spielen.

Kann man sich wundern, daß solche Stimmen im eigenen Lande nicht angenehm in den Ohren der Imperialisten klingen? Aber fragen wir uns — Hand aufs Herz — ob derartige Prekäurierungen in einem anderen kriegführenden Staate auch nur einen einzigen Tag geduldet würden.

Widerstand gegen die allgemeine Wehrpflicht.

Unser Londoner Korrespondent schreibt uns: Angeficht der Kompanie der englischen Militäristen, in England die allgemeine Wehrpflicht einzuführen, ist unter den englischen Sozialisten eine Bewegung entstanden, um den passiven und aktiven Widerstand zu organisieren, falls die Regierung Neigung zeigen sollte, jetzt oder später vor der militaristischen Hege zu kapitulieren. Der „Labour Leader“, das Organ der unabhängigen Arbeiterpartei (L. U.), hat sich an die Spitze dieser Bewegung gestellt. Der Redakteur unseres Bruderblattes richtet in der letzten Nummer einen Aufruf an alle Männer zwischen 18 und 38 Jahren, die unter allen Umständen und ohne Rücksicht auf irgendwelche angedrohte Strafe entschlossen sind, die Teilnahme an Kriege als Kombattanten zu verweigern, ihm Namen und Adresse zuzuschicken. Auf diese Weise wird die Widerstandsbewegung imhunde sein, ihre eigene Kraft richtig einzuschätzen und die nötigen Vorbereitungen zu treffen. Inzwischen erhält der „Labour Leader“ fortgesetzt zahlreiche Zuschriften von seinen Lesern, in denen diese erklären, es unter keinen Umständen mit ihren sozialistischen Ueberzeugungen vereinbaren zu können, die Arbeiter anderer Länder zu töten. Sie werden sich unter keinen Umständen dazu zwingen lassen.

Englische Rekrutierung.

Niederlande, 20. November. (W. Z. B.) Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet: Die englische Fußballvereinigung beschloß, unter den Sportleuten Propaganda für die Rekrutenanwerbung zu machen. Ursprünglich wurde erwogen, die Wettkämpfe einzustellen, und man wandte sich an die Militärbehörden mit der Anfrage, ob dies gewünscht werde. Die Antwort lautete, daß man es der Vereinigung überlasse. Diese beschloß darauf, die Wettspiele fortzusetzen, aber in den Zwischenpausen kurze Ansprachen halten zu lassen, um zum Eintritt in das Heer anzuspornen, und die sich Meldenden durch Musikkorps zur nächstgelegenen Verbesation begleiten zu lassen.

Die ängstlichen Lords.

London, 18. November. (W. Z. B.) Oberhaus. Lord Halsburg erwähnte verschiedene angebliche hochverräterische Handlungen, die in England begangen wurden, und fragte, ob die Regierung die Fälle untersuchte, weshalb keine Strafverfolgungen wegen Hochverrats stattfanden und warum Verbrecher mit einer Geldbuße von 5 Pfund Sterling oder sechs Monaten Gefängnis bestraft wurden.

Der Lordkanzler erwiderte, die betreffenden Verdicte seien ihm bekannt. Alle Fälle würden untersucht, vielfach sei das

Die Stadt Schöneberg und die Arbeitslosenunterstützung.

Bekanntlich haben die Gewerkschaften aller Richtungen es abgelehnt, auf der Grundlage des vor einiger Zeit gefassten Beschlusses der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung mit der Stadt Schöneberg zusammen zu arbeiten.

Kunmehr ist von der Stadtverordnetenversammlung ein neuer Beschluß gefaßt und den Gewerkschaften die Bedingungen des neuen Beschlusses mit folgendem Begleitschreiben zugestellt worden:

Anliegend übersenden wir ergebenst einen Abdruck des Gemeindeforschusses vom 9./12. Oktober 1914 über die Gewährung einer Arbeitslosenunterstützung nebst Nachtrag vom 30. Oktober und 9. November 1914 mit dem Ersuchen, uns die Höhe der von Ihrer Vereinigung zurzeit gewährten wöchentlichen oder monatlichen Unterstützung mitzuteilen. Etwasge Änderungen der jetzigen Höhe würden uns rechtzeitig anzugeben sein.

Wir stellen anheim, diejenigen Ihrer seit dem 1. Juni 1914 in Schöneberg oder in der Provinz Brandenburg wohnenden Mitglieder, die die Voraussetzungen des Gemeindeforschusses erfüllen und sich um die Zuwendung einer städtischen Unterstützung bewerben wollen, mit einer Meldefarte, in welcher außer Name und Vorname, Stand oder Beruf und Wohnung auch die Höhe der von der Vereinigung gezahlten Unterstützung enthalten sein muß, nach unserem Bureau U, Zimmer 56, im Rathaus zu schicken, woselbst das weitere veranlaßt werden wird.

Wir werden Ihnen von der Bewilligung eines städtischen Zuschusses Kenntnis geben, woran sich dann das im Gemeindeforschluß angegebene, von Ihnen auszuführende Verfahren anschließen würde.

Es ist erforderlich, daß uns allmonatlich bis zum 5. des nächsten Monats eine Nachweisung eingereicht wird, enthaltend Namen und Wohnung des Empfängers sowie Höhe des von der Vereinigung und — in einer besonderen Spalte — des für die Stadt verauslagten Betrages.

Die Ordnung über die Förderung der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit ist vom 12. Oktober 1914 ab für die Dauer des Krieges aufgehoben. Der Gemeindeforschluß hat Geltung vom 9. November 1914 ab.

Berlin-Schöneberg, den 13. November 1914. Deputation für die Unterstützung Kriegshilfsbedürftiger. gez. Harder.

Den grundlegenden Beschluß für die Gewährung der Unterstützung haben wir am 16. Oktober abgedruckt. Darin kommt zum Ausdruck, daß den durch den Krieg erwerbslos und hilfsbedürftigen Einwohnern unter bestimmten Voraussetzungen und Bedingungen Unterstützung gewährt werden kann, die nach dem Grade der Bedürftigkeit zu bemessen ist. Die Höchstätze der Unterstützung betragen für einen alleinstehenden Mann 7 M., für eine alleinstehende Frau 5,50 M., für ein kinderloses Ehepaar 8 M. und für jede weitere zu unterstützende Person 1,50 M. bis zum Höchstbetrage von 17 M. pro Woche. Die besonderen Bedingungen für die Gewährung der Unterstützung bestehen darin, daß jeder Erwerbslose ihm vom Arbeitsamt der Stadt Schöneberg nachgewiesene passende Arbeit annehmen und sich dort jeden zweiten Tag zur Kontrolle melden muß. Ferner sollten diejenigen Erwerbslosen, die von einer Berufsvereinigung Unterstützung beziehen, die städtische Hilfe nur als Zuschlag erhalten. Die Kosten der Gewerkschaften sollten die Beiträge auslegen und in bestimmten Zeiträumen mit der Stadt abrechnen. Die früher bestehende Arbeitslosenversicherung der Stadt Schöneberg wurde durch diesen Beschluß aufgehoben.

Nachdem in den Kreisen der organisierten Arbeiterchaft sich eine heftige Opposition gegen die oben skizzierten Beschlüsse bemerkbar gemacht hatte, nahm die Stadtverordnetenversammlung am 9. November folgenden Ergänzungsantrag an:

Soweit Angestellte und Arbeiter von ihrer Berufsvereinigung Arbeitslosenunterstützung erhalten, wird diese zur Hälfte auf die städtische Unterstützung angerechnet. Die Kosten der Berufsvereinigung verauslagten den Betrag des städtischen Zuschusses und reichen in jedem Monat der Deputation die Berechnung ihrer Ausgaben nebst den dazu gehörigen Unterlagen für die Zeit vom ersten bis zum letzten des vorangegangenen Monats ein. Der Zuschuß wird innerhalb dreier Wochen nach Einreichung an die einzelnen Kopien abgeführt.

Sehen wir uns die Bestimmungen einmal etwas näher an, dann finden wir, daß auch jetzt noch ein Zusammenarbeiten mit der Stadt Schöneberg wohl als ausgeschlossen bezeichnet werden kann.

Nach dem neuen Antrage will der Magistrat die Unterstützungen der Gewerkschaften nur zur Hälfte anrechnen. Das wäre zu ertragen, wenn nicht die von der Stadt zu gewährenden Unterstützungen als Höchstätze bezeichnet würden. Der Deputation des Magistrats bleibt es alldann überlassen, nach freiem Ermessen auf Grund der Bedürftigkeit zu bestimmen. Bewilligt die Kommission dann weniger als die Höchstätze betragen, so tritt schließlich doch ein, daß die Gewerkschaftenunterstützung voll angerechnet wird.

Bei dem Ton, der aus dem ganzen Schriftstück spricht, haben die Gewerkschaften allen Anlaß zur Vorsicht gegenüber dieser lauschartigen Bestimmung.

Daß wir uns nicht täuschen, geht auch aus dem nachstehenden Schreiben, das der Magistrat einem Arbeitslosen zugesandt, un zweideutig hervor:

Der Magistrat. Berlin-Schöneberg, den 11. November 1914. Kontrolle.

Auf Ihrem Antrag ist Ihnen eine Arbeitslosenunterstützung von 1 M. pro Woche für die Wochen vom 21. November 1914 ab bewilligt worden. Der Betrag kann an jedem Sonnabend in unserer Sparschloßstraße 11, Bahnhofsstraße 3, gegen Vorlegung der beiliegenden Kontrollkarte erhoben werden.

Die Auszahlung des Unterstützungsbetrages ist davon abhängig, daß Sie sich ernstlich um Arbeit bemühen und angebotene, Ihren körperlichen Kräften entsprechende Arbeit auch annehmen.

Sie haben sich deshalb unter allen Umständen in dem auf der Kontrollkarte verzeichneten Arbeitsnachweis um Arbeit zu bemühen und dort die Karte mindestens jeden zweiten Tag während der auf der Karte näher angegebenen Zeit zur Abstemplung vorzuliegen. Auch die Invalidenkarte ist vorzuzeigen.

Etwasge Erhöhungen der Einnahmen sind sofort in unserem Bureau U, Rathaus, Zimmer 58, anzugeben. Diejenigen Personen, welche diese Forderungen nicht erfüllen, verlieren jeden Anspruch auf Unterstützung und sehen sich außerdem einer strafrechtlichen Verfolgung aus.

Eine Wohnungsänderung ist gleichfalls sofort bekanntzugeben. Deputation für Unterstützung Kriegshilfsbedürftiger. gez. Harder.

Auch die Bestimmung, die von der Entziehung der Unterstützung spricht, wenn das Arbeitsamt Schöneberg passende Arbeit nachgewiesen hat, die nicht angenommen wurde, ist für ein Zusammenarbeiten mit der Stadt Schöneberg ein Hindernis, das von den Gewerkschaften nicht akzeptiert werden kann. Wohl kann man sich damit einverstanden erklären, daß derjenige, der passende und ausreichend bezahlte Arbeit nicht annimmt, keine Unterstützung erhält. Aber die Entscheidung darüber dem Arbeitsamt zu überlassen, das ist nach den recht trübten Erfahrungen, die die Gewerkschaften damit gemacht haben, ausgeschlossen. Denn dann laufen die Ge-

werkschaften Gefahr, daß die Ertragsverluste, die in bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen und unter Opferung von Millionen in den letzten Jahren erreicht worden sind, einfach über den Haufen geworfen werden. Daß es paritätische Arbeitsnachweise gibt, die unter allen Umständen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern benutzt werden müssen und daß es Tarifbestimmungen gibt, die es einem Arbeiter untersagen, unter den Tarifschranken zu arbeiten, kümmert das Arbeitsamt Schöneberg jetzt ebensowenig wie früher.

Ferner erhalten die Bestimmungen des Schöneberger Magistrats das größte Mißtrauen gegenüber allen anderen Arbeitsnachweisen. Während in allen übrigen Orten, die Arbeitslosenunterstützung zahlen, die Kontrolle in den Gewerkschaftsarbeitsnachweisen für ausreichend gehalten wird, will Schöneberg neben dieser Kontrolle auch noch in seinem eigenen städtischen Arbeitsnachweis ein Kontrollrecht ausüben. Wird das nicht voll erfüllt von den Arbeitslosen, dann gilt die gesamte Kontrolle der Gewerkschaften nicht und den Arbeitslosen wird die städtische Unterstützung entzogen.

Wenn nun schließlich alle Bestimmungen der Stadt Schöneberg erfüllt sind, dann dürfen die Gewerkschaften die Unterstützungsgelder verauslagten, die sämtlichen Verwaltungsstellen tragen und können am Monatsanfang ihre Liquidation auf einem ziemlich umständlichen Formular einreichen. Die Stadt Schöneberg ist nach drei Wochen so freundlich, die verauslagten Gelder, nachdem alles gehörig geprüft ist, an die Gewerkschaften zurückzugeben.

Kun würde es ja den Gewerkschaften auf die Arbeit und schließlich auch auf die Kosten nicht ankommen, wenn nur irgendein Vorteil für die Arbeitslosen dabei herauskäme. Dies ist aber nicht der Fall, so daß gar keine Veranlassung vorliegt, auf die Vorschläge der Stadt Schöneberg einzugehen. Die Gewerkschaften müssen daher das Angebot der Stadt Schöneberg, wie es in den Zuschriften vom 13. November zum Ausdruck kommt, rundweg ablehnen.

Eigentümlich ist es auch, daß die Stadt Schöneberg sich mit ihrer Zuschrift nicht an die richtige Adresse wendet, nämlich an die Berliner Gewerkschaftskommission, Engelauer 15, statt dessen sich die Zuschriften an die einzelnen Gewerkschaften gerichtet. Es entsteht die Frage, ob dies Zufall oder Absicht ist. Doch mag dem sein, wie ihm wolle, auch die einzelnen Gewerkschaften werden erkennen, wie wertlos, ja geradezu nachteilig ein Zusammenarbeiten der Gewerkschaften mit der Stadt Schöneberg auf der von der Deputation der Stadt Schöneberg errichteten Grundlage ist.

Aus Groß-Berlin.

Am Bahnhof.

Seit Monaten haben die Bahnsteige der großen Berliner Fernbahnhöfe ihre Friedenssignatur verloren. Nach den aufregenden Tagen der Mobilmachung hat sich auch das mit Kreide bemalten Waggons, patriotischen Gesängen und abschiedswehenden Luchern erfüllte Bahnhofsbild längst wieder geändert. Heute schwebt über fast jedem größeren Bahnhof die schwüle Atmosphäre des roten Kreuzes. Eigens erbaute Wellblechhäuschen zeigen im Fenster Abzeichen ihrer Bestimmung als Erfrischung- oder Verbandstabelle, zahlreiche Männer in der Tracht der offiziellen Krankenträger und Krankenpfleger halten Tag und Nacht in regelmäßigen Abständen die Bahnsteige besetzt, rote Kreuz-Schwester und Helferinnen bereiten alles vor zum Empfang der Hunderte und Tausende Verwundeter. Wenn ein Verwundetentransport bald einfahren soll, macht sich eine gewisse Nervosität bemerkbar, obwohl jeder auf seinem Posten steht. Man ist schon gewöhnt an den kommenden Anblick, an das erwartete Gend, und fühlt doch immer wieder das Herz pochen.

Teile der Bahnsteige werden abgeperrt, die Kolonnen der Krankenträger kommen im Eilschritt an, Dutzende von Krankentransportwagen aller Art sind vor den Bahnhofsportalen aufgeföhren. Und dann rollt langsam der lange Zug ein, mit dreihundert oder noch mehr verwundeten Menschenleibern. Gefähige werden in die Erfrischungsräume geführt. Liegende bedenkt man noch in den Wagen, bis sie abtransportiert werden können. Wo es nötig ist, wird sofort ein Verbandswechsel vorgenommen. Kreuz-Schwester verteilen Postkarten, um die Angehörigen von der Ankunft zu benachrichtigen. Zuweilen verzögert sich der Abtransport. Gewöhnlich langen die Züge gegen Abend an. Wenn gleichzeitig oder kurz hintereinander zwei Transportzüge eintreffen, muß der zweite Zug ungeleert bis zum nächsten Morgen stehen bleiben, da es aus ärztlichen Gründen vermieden wird, für den Abtransport die späten Abendstunden zu benutzen. Schnell hat sich die Ankunft des Trauerzuges herumgesprochen. Unten auf der Straße sammeln sich Hunderte an. Der Anblick so vieler Gaffer ist den Verwundeten nur peinlich. Bahre auf Bahre wird vorbeigetragen, Wagen auf Wagen rollt davon, um bald wiederzukommen und im fahlen Schein des Abendlichts neue Last zu holen. Und so geht auf jedem Fernbahnhof, in jeder Woche, fast alle Tage. . . . Das ist der Krieg!

Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden.

Der Magistrat der Stadt Berlin hat beschlossen, die nach dem Gesetz vom 4. August d. J. zulässige Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden für den Gemeindebezirk Berlin wieder einzuföhren und stimmt dem vorgelegten Statut mit der Maßgabe zu, daß vor der Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung Interessentenfreife, und zwar auch möglichst aus den Vororten, gehört werden sollen.

Die Unterstützung der ostpreussischen Flüchtlinge.

In Berlin befinden sich über 10000 Flüchtlinge aus Ostpreußen, zu denen noch neue hinzukommen. Viele haben alles im Stiche lassen müssen und sind mittellos nach Berlin gekommen, andere wieder haben bei Bekannten und Verwandten einstweilige Aufnahme gefunden, aber ihre Erwerbsmöglichkeit ist vollständig unterbunden. Für alle diese Leute muß Hilfe geschaffen werden, die heute aber recht unvollkommen und unzulänglich ist. Das liegt leider an den unzureichenden Mitteln, die zur Verfügung stehen und es ist dringend erforderlich, für die aus ihrer Heimat und aus ihrem Erwerb gerissenen Menschen großzügig und ausreichend zu sorgen. Das ist Sache des Reiches und Staates. Nach einem kürzlich erschienenen Aufruf zur Sammlung von Unterstützungsmitteln besteht auch wohl die Möglichkeit, daß das geschieht, da die im Landtag bewilligten Mittel für Ostpreußen nur in Ostpreußen verwendet werden. Bis dahin, bis Staats- und Reichsmittel flüssig gemacht sind, muß die Unterstützung aus Sammelmitteln erfolgen. Diese Unterstützung erfolgt durch die Gesellschaft der Freunde ostpreussischer Flüchtlinge in der Universitätsstr. 6. Die armen Leute klagen über die kleinen Beträge, die ihnen gegeben werden können. Unterstützungen von 3 M., von 8 M. an Frauen mit drei Kindern für acht Tage sind nichts Seltenes. Hier muß bessernd eingegriffen

werden. Empörung hat es unter den Betroffenen erzeugt, wie die Unterstützung verteilt wird; insbesondere werden lebhaft Klagen geführt darüber, daß die mit der Verteilung der Unterstützungsgelder Betrauten auch selber Unterstützung beziehen, und zwar im Vergleich zu der, die Frauen und Kindern, gewährt wird, in erheblich höherem Maße. So haben einzelne zwanzig Mark in einer Woche bekommen, die obendrein weniger bedürftig seien. Unter den Personen, die die Unterstützung verteilen, befände sich nur ein Mann, der keine Unterstützung beziehe. Und dieser Mann sei besonders gerecht. Die Beschwerdeführer sind der Ansicht, daß den Leitern der Gesellschaft ostpreussischer Flüchtlinge diese Zustände nicht bekannt sein können, sonst würde sicher Milderung erfolgen. Ein in den fünfziger Jahren stehender Mann aus Reidenburg erklärte mit tränenden Augen, er habe sich entschlossen, mit seiner alten Aufwärtlerin wieder zurückzukehren, weil er überall abgewiesen werde, obwohl er nicht wisse, was ihm bevorstehe. „Und will doch niemand.“ Und deshalb ist umfassende Hilfe für die Flüchtlinge dringend erforderlich.

Postpakete für Kriegsgefangene in Frankreich.

Nach einer Mitteilung der schweizerischen Postverwaltung läßt Frankreich Postpakete mit Wertangabe von Kriegsgefangenen und für solche nicht zu. Es dürfen also nur Postpakete ohne Wertangabe und ohne Nachnahme angenommen werden.

Einen würdigen Verlauf

nahm die am 17. November abgehaltene außerordentliche Mitgliederversammlung des Charlottenburger Wahlvereins. Sie war der Erinnerung an die vor 25 Jahren erfolgte Gründung des Vereins gewidmet und daher besonders von älteren Genossen zahlreich besucht. Nachdem die Charlottenburger „Liedertafel“ ein Begrüßungslied zum Vortrag gebracht hatte, sprach Genosse Simon Kayenstein einen sehr wirkungsvollen Prolog. Darauf nahm Reichstagsabgeordneter Eduard Bernstein das Wort, um in großen Zügen nicht nur der sozialistischen Arbeit zu gedenken, die in den verflochtenen 25 Jahren geleistet worden ist, sondern auch die gewaltigen Ereignisse der Gegenwart und ihre Wirkungen auf das Kulturleben der Völker im Spiegel wahrer sozialistischer Auffassung zu beleuchten. Und was der Redner, der selbst ein Menschenalter mit den hervorragenden Vertretern des internationalen Sozialismus in Verührung gestanden, über die Notwendigkeit ferneren Zusammenarbeitens der Kulturnationen sagte, zündete in den Herzen der Zuhörer. Die Ausführungen des Genossen Bernstein wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Nach einem weiteren Gesangsvortrag würdigte Genosse Kayenstein noch die Fortschritte, die unsere Genossen auf kommunalem Gebiete zu verzeichnen haben. Und den Vertretern, die von 2 im Jahre 1889 auf jetzt 14 gestiegen sind, sollte er für ihre erfolgreiche Tätigkeit Worte der Anerkennung. Auch des Wirkens des Genossen Kayenstein, als dem Vertreter des Kreises im Reichstage gedachte Kayenstein in warmen Worten. Von ihm verlas der Redner ein Glückwunschtelegramm. Die Versammlung beschloß, Jubel durch ein Antwortelegramm zu danken. Mit dem gemeinsamen Singen des Sozialistenmarsches fand die denkwürdige Versammlung ihren Abschluß.

Kontroll-Versammlungen.

In der Zeit vom 26. November bis 7. Dezember d. J. finden auf dem Hofe der Bezirkskommandos in Berlin-Schöneberg, General-Papestraße, Kontroll-Versammlungen für die noch nicht zum Wehrdienst einberufenen, oder aus irgend einem Grunde wieder entlassenen Mannschaften der Reserve, Landwehr I. und II. Aufgebots, einschl. Offizier-Aspiranten und Offizier-Stellvertreter und der Erlageerbe statt.

Die näheren Bestimmungen sind aus den öffentlichen Bekanntmachungen ersichtlich, welche am 22., 24., 26. und 29. November d. J. an den Vitafähulen angeschlagen werden. Außerdem sind die Bekanntmachungen auf allen Bahnhöfen und in den Polizeirevierien angebracht. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß diesmal auch die Mannschaften der Landwehr zweiten Aufgebots bei den Kontroll-Versammlungen erscheinen müssen.

Die Mannschaften des Landsturms und die in Lazaretten befindlichen verwundeten Mannschaften sind zum Erscheinen bei den Kontroll-Versammlungen nicht verpflichtet.

Der amerikanische Generalkonsul in Berlin wendet sich an die Gasthaus- und Pensionbesitzer Deutschlands mit dem höflichen Ersuchen, eine Aufnahme aller sich in ihren Gasthäusern und Pensionen befindlichen, amerikanischen Kämpfern gehörigen Gepäcks (sodals als möglich an das Amerikanische Generalkonsulat, Berlin W 8, Friedrichstr. 6, Gepäckabteilung, einzuliefern zu wollen. Notwendig ist die Angabe der Bezeichnungen und Adressen auf den Koffern, sowie vorhandener Bescheinigungen, erwünscht Mitteilung etwa davor bestehender Kosten. Es werden dann Schritte zur Einlieferung und Zustellung des Gepäcks an die betreffenden Eigentümer in den Vereinigten Staaten unternommen werden.

Der Schwindler mit den wertlosen Paketen.

In Groß-Berlin treibt seit einiger Zeit wieder einer jener Gauner sein Unwesen, die unter der Maske von Göttern arbeiten. Im vorliegenden Falle handelt es sich um einen etwa 30jährigen Prunken, der angibt, er sei bestellt worden, um vom Wohnungsinhaber angeblich gekaufte Gegenstände abzuliefern. Der Betrüger juckt sich natürlich solche Zeiten aus, in denen er keine Besuche macht, zu denen er die Wohnungsinhaber außerhalb weiß. Er verlangt Zahlung für das Paket und erhält sie auch meist. Hinterher stellt sich dann stets heraus, daß das Paket ganz wertlosen Kram enthält und die Bestellung fingiert war. Vor dem dreisten Gauner sei dringend gewarnt.

Die Stadtverordnetenvorfeierwahl in Lichtenberg.

Infolge des Ablebens des Genossen Brauer und der Amisniederlegung des Stadtverordnetenvorfehrers Blomz mußten in der Lichtenberger Stadtverordnetenwahl die erforderlichen Wahlen vorgenommen werden. Aus ihr gingen hervor Stadtverordneter Danneberg als Vorfehrer und Genosse John als Stellvertreter. Ferner waren zu wählen die Beisitzer und drei Stellvertreter für die Stadtverordnetenenergänzungsstellen. Genosse Köffel bemängelte, daß genau wie in früherer Zeit die Vertreter der Mehrheit der Bevölkerung vollständig übergangen worden sind. Der Magistrat führte das darauf zurück, daß nur solche Bezirke ausgelöst worden seien, die auch früher von bürgerlichen Herren besetzt wurden. Dennoch war Köffels Einwand vollkommen berechtigt, denn auch früher ist die Verteilung absolut keine gerechte gewesen.

Die Rechte-Gruppe unternahm den hoffungslosen Versuch, durch ihren Führer ihre Deputatenfreundlichkeit aufzupolieren zu lassen. Sie hatte nämlich in der vorigen Sitzung, wie die übrigen Fraktionen, gegen eine Erhöhung der Deputatengehälter gestimmt. In dieser

Sitzung setzte Herr Rüge über die Ungerechtigkeit, die den Beamten geschehen sei. Mit Recht wies Genosse Rühl darauf hin, daß es von der Majorität kaum gebilligt werde, wenn angeführt der herrschenden Art einem ohnehin günstig gestellten Teil der Einwohner eine besondere Zuwendung gemacht würde.

Größere Bedeutung kam einer anderen Magistratsvorlage zu. Durch diese wurde beantragt, die Schuldentilgung für das Rechnungsjahr 1915 auszusparen. Begründet wird diese Maßnahme mit den überaus hohen Aufwendungen zur Linderung der Kriegsnöte, denen auf der anderen Seite große Aufwände an direkten und indirekten Gemeindeforderungen sowie an Einnahmen aus den häußlichen Werken gegenüberstehen werden. Auf eine vorangehende Anfrage an den Regierungspräsidenten in Potsdam erhielt der Magistrat den Bescheid, daß einem derartigen Beschlusse keine prinzipiellen Bedenken entgegenstünden. Die Ersparnisse würden betragen: bei den Darlehensschulden 270 000 M. und bei den Obligationsschulden 619 000 M. Die Stadtvorordnetenversammlung war auch grundsätzlich mit der Vorlage einverstanden und ließ sich zur näheren Ausarbeitung einzelner Details in eine Kommission eingesetzt werden. Diese soll gleichzeitig die Bildung einer ständigen Finanzdeputation vorbereiten. — Aus der Reihe der Straßenregulierungsarbeiten sei besonders noch hervorgehoben die Anlage eines Spielplatzes am Bahnhof Rich-Nummelsburg, an der Stelle, wo bisher, angrenzend an die höhere Mädchenschule, ein überaus unschöner Lagerplatz bestand. Im Winter soll der Spielplatz in eine Eisbahn umgewandelt werden.

Stadtverordnetenwahlen in Neukölln.

Die Ergänzungswahlen zum Neuköllner Stadtparlament nahmen Donnerstag mit den Wahlen zur zweiten Abteilung ihre Fortsetzung. Die Beteiligung war sehr gering. Es wurden gewählt: im ersten Bezirk der bisherige Vertreter Stadtverordneter Mehl (kommunalfortschrittlich), im zweiten Bezirk die bisherige Mandatsinhaber Tischlermeister Gmelin und Justizrat Jacobson (beide kommunalfortschrittlich), im dritten Bezirk der bisherige Vertreter Stadtverordneter Vogel (alldemokratisch), im vierten Bezirk die bisherigen Mandatsinhaber, die Sozialdemokraten Expeditor Mohr und Eigentümer Vogel, im fünften Bezirk in der Ergänzungswahl der bisherige Vertreter Apotheker Vincent und neu der Kandidat der alldemokratischen Fraktion Wolf anstatt des bisherigen Vertreters Schlächtermeister Seitzmann. In der Erstwahl wurde an Stelle des infolge Verzuges ausgeschiedenen Stadtverordneten Dr. Järl (Soz.) der sozialdemokratische Kandidat Zimmermeister Friedrich Fleischer gewählt.

Beschlussunfähig.

Nicht eigenartige Maßnahmen wendet die Adlershofer Gemeindevertretung an, um die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung zu verhindern. Dem fortwährenden Drängen unserer Vertreter auf Erhöhung der Unterstufungen, konnte sich auch der Kriegsausschuss nicht enthalten und er beschloß einstimmig, der Gemeindevertretung eine Erhöhung der Sätze zu empfehlen. Sogar die Dringlichkeit des Antrages wurde in der letzten Gemeindevertretersitzung anerkannt, aber in der Diskussion kamen den Bürgerlichen wieder überaus viele Bedenken über die Annahme des Antrages. Sie ließen zunächst eine Pause eintreten, um in dieser Zeit zu verschwinden. Bei Wiedereröffnung war außer unseren Vertretern nur noch ein bürgerlicher Vertreter vorhanden, so daß die Sitzung wegen Beschlussunfähigkeit geschlossen werden mußte. Die Erhöhung der Unterstützung ist daher wieder hinausgeschoben.

„Hilfe bei Arbeitslosigkeit.“

Auch die Gemeinde Ober-Schöneweide hat sich eine Arbeitslosenfürsorge gelistet.

Höchst unangenehm scheint es aber dem Gemeindevorstand zu sein, daß diese Einrichtung auch Geld kosten soll. Um nun die Kosten auf das geringste zu beschränken, ist der Gemeindevorstand auf den besonders geistreichen Gedanken gekommen, Anstreifen mit nachfolgendem Wortlaut drucken zu lassen:

An die Arbeitslosen!

Die Gemeinde ist bereit, Ihnen während Ihrer Arbeitslosigkeit zu helfen.

Dafür haben Sie Pflichten.

Sie haben sich unermüdet nach Arbeitsgelegenheit umzusehen, täglich alle Hilfsmittel, wie Arbeitsnachweise usw., in Anspruch zu nehmen, überhaupt mit allen Mitteln danach zu streben, Arbeit zu finden.

Nur unter dieser Voraussetzung kann die Gemeinde die Unterstützung gewähren.

Es ist jede Arbeit, die sich bietet, wenn sie den körperlichen Kräften entspricht, anzunehmen, selbst wenn die Vergütung nicht nach tarifmäßigen Sätzen erfolgt.

Die schwere Zeit des Krieges erfordert, daß jeder Opfer bringt, d. h. arbeitet, auch wenn die Vergütung der in normalen Zeiten nicht entspricht.

Berlin-Ober-Schöneweide, im November 1914.
Der Gemeindevorstand.

Das Vorgehen der Gemeinde berührt recht eigenartig. Während überall die Reichs- und Militärbehörden dahin wirken, daß Lohnfälligkeiten nicht stattfinden sollen, fordert indirekt die Gemeinde zu Lohnrückzahlungen auf. Denn die Arbeitgeber werden nach Kenntnisnahme dieser Fettel versuchen, den neu einzustellenden Arbeitern geringere Arbeitslöhne zu bieten.

Unsere Vertreter werden in der nächsten Gemeindevertretersitzung Auskunft darüber verlangen, wer denn diese famosen Fettel hat anfertigen lassen.

Die Friedenauer Kriegshilfsstelle.

Wie wir bereits berichteten, trat bei Ausbruch des Krieges ein aus den Vertretern der verschiedenen kommunalen Vereine bestehendes Komitee für Kriegshilfe zusammen. Diesem Ausschuss, der sich als „Zentrale für vaterländische Hilfe“ bezeichnete, trat auch die Gemeinde offiziell bei. Der von der Zentrale eingerichtete Unterstützungsausschuss wird hauptsächlich von Vertretern der Gemeinde gebildet. Diese Vertreter haben dem Bürgermeister Walzer das Versprechen, daß bei Bearbeitung der Unterstützungsanträge möglichst großzügig verfahren werden solle. Die Unterstützungen sollten auch nicht den Charakter der Armenunterstützung erhalten. Deshalb sollten die Recherchen nicht von einzelnen Personen ausgeführt werden. Im übrigen wurde den einzelnen Ausschüssen eine große Bewegungsfreiheit gelassen. Der Familienfürsorgeausschuss, der von den Vertretern des Rationalen Frauendienstes und des Gewerkschaften besetzt war, entfaltete sogleich eine intensive Tätigkeit, die in der Vermittlung von Freizeitsachen für Unbemittelte und Kinder bestand. In der Bürgerhilfsstelle sollten Bedürftige für 10 Pf. eventuell unsonst warmes Mittagessen erhalten. Die Recherchen hierzu wurden in den ersten Tagen von den Beauftragten des Familienfürsorgeausschusses gemacht, womit die Vertreter der Gemeinde nicht einverstanden waren. Die von den Mitgliedern des Familienfürsorge-Ausschusses ausgeführten Recherchen wanderten ungeprüft in den Papierkorb und der Unterstützungsausschuss beauftragte, wie in allen anderen Fällen, die Gemeindefürsorge mit den Recherchen. Infolge des daraufhin ausgebrochenen Konfliktes hat der Rationale Frauendienst bereits seinen Austritt aus der Zentrale vollzogen. Unsere Genossen haben diesen Schritt vorläufig noch nicht getan.

Die Engbergigkeit der bürgerlichen Gemeindevorleiter bei der Erhöhung der Unterstützungen ist kaum noch zu überbieten, und unsere Vertreter werden es sich reichlich überlegen, ob sie bei Fortdauer der bisherigen Praxis noch länger die Verantwortung mit übernehmen können. Das doch bewiesene Engbergigkeit dürfte auch kaum im Sinne der Spender liegen, denn die Gelder, die bisher herausgegeben wurden, sind durch private Sammlungen eingekommen. Der von der Gemeinde bereitgestellte Zuschuß von 5000 M. wurde bisher noch nicht in Anspruch genommen.

Schachwettkampf.

Der öffentliche Wettkampf des Berliner Arbeiter-Schachklubs am Vuhlage im Gewerkschaftshaus war von ungefähr 200 Personen besucht. Gespielt wurde an 85 Brettern „Rot“ gegen „Schwarz“. „Rot“ gewann nach 2 1/2 stündigem Kampfe mit 46 1/2 gegen 38 1/2. Darauf folgte am Abend ein humoristischer Vortrag, in dem Partien aus dem Leben der Schachforscher und -spieler vorgeführt wurden, was große Heiterkeit entlockte. Der Leiter der Veranstaltung wies zum Schluß noch darauf hin, daß jeden Sonntag von 10 bis 1 Uhr für jedermann im „kleinen Gewerkschaftshaus“, Stralauer Straße 8, ein freier Schachperle eingerichtet ist. Dort wird unentgeltlich Unterricht im Schachspiel erteilt.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Mau Berlin. In der letzten Ausschusssitzung ehrten die Anwesenden zunächst das Andenken der im Felde gefallenen Sängerbredere. Keiner gab der zweiten Kassierer die Berechnung vom letzten Sängereise. Die vom ersten Kassierer vorgelegte Statistik ergab, daß viele kleine Vereine in der Provinz ihre Lieblingen einstellen mußten, da der größte Teil ihrer Mitglieder einberufen oder arbeitslos wurde. Die nächste Lieblingssunde findet am 29. dieses Monats in Obiglos Feststätten statt. Dort findet auch ein Kunstabend als diejähriges Stützungsfecht des Bundes statt. Die Vereine werden ersucht, Adressänderungen umgehend dem Vorsitzenden mitzuteilen.

Arbeiterbildungsschule. Sonntag, 22. November, abends 7 Uhr, findet das nächste Schachabend der Genossen in Dunder statt. — Heute: Die Kameradschaft und ihre Bemühung. Schullokale: Lindenstr. 3, IV. Hof rechts, 3 Treppen. Eintrittspreis 10 Pf.

Kleine Nachrichten. Die Leiche eines neugeborenen Knaben wurde auf dem Hofmorsfeld in der Nähe des Sportplatzes in einem Reithausen gefunden. — Auf einem im Humboldthafen liegenden Schifferkahn ertranken in Abwesenheit des Schiffseigners Diebe die Kajüte und stahlen Kleidungsstücke und Nahrungsmittel aller Art.

Um 100 Mark geprellt wurde ein Mädchen, das als Verkäuferin in einem Uhrengeschäft in der Inselstraße beschäftigt ist. Das Mädchen gab dem 24 Jahre alten Hausdiener Julius Wittenstein, zuletzt Kaiserstr. 35 wohnhaft, einen Hundertmarkschein zum Wechseln, er ließ sich jedoch damit nicht mehr helfen. Da 2. schon wiederholt Betrügereien begangen hat, sei vor ihn gewarnt.

Aus Industrie und Handel.

Der Kohlenabsatz im Oktober. Aus dem der Jochenbesther-Vereinigung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenhandels erstatteten Bericht ist folgendes zu entnehmen: Der rechnungsmäßige Kohlenabsatz betrug im Oktober 1914 bei 27 (im gleichen Monat des Vorjahres 27) Arbeitstagen 4 667 084 (Vorjahr 6 658 494) Tonnen, oder arbeitstäglich 172 855 (Vorjahr 246 611) Tonnen. Von der Beteiligung, die sich auf 7 926 935 (Vorjahr 7 009 520) Tonnen bezifferte, sind demnach 58,88 (Vorjahr 84,15) Proz. abgesetzt worden. Der Versand einschließlich Landdebit, Deputat und Lieferungen der Hüttenwerke an die eigenen Hüttenwerke betrug an Kohlen 3 941 510 (Vorjahr 5 402 337) Tonnen; an Koks 1 030 108 (Vorjahr 1 090 512) Tonnen; an Triebholz 325 617 (Vorjahr 394 061) Tonnen. Die Förderung stellte sich insgesamt auf 6 041 509 (Vorjahr 8 062 518) Tonnen und im September 1914 auf 5 509 528 Tonnen.

Welter heißt es in dem Bericht: Die Absatzverhältnisse weisen im Berichtsmonat eine günstigere Entwicklung als in den beiden Vormonaten auf. In einzelnen Sorten sind aber die abgesetzten Mengen noch hinter den von den Höfen zur Verfügung gestellten erheblich zurückgeblieben trotz der Einbuße, welche die Erzeugung infolge der eingetretenen starken Verminderung der Vorkräften erlitten hat. Die Lagerbestände haben daher eine weitere Steigerung erfahren.

Schärfereise für Petroleum. Als eine der ersten Städte hat Wühlhausen in Thüringen auf sozialdemokratische Anregung hin für Petroleum einen Höchstpreis von 22 Pf. per Liter festgesetzt. Die Ursache dazu gaben die Händler, die einen erheblichen Preisaufschlag gemacht hatten, obwohl die Großlieferanten es nach wie vor beim alten Preis belassen.

Krise der englischen Metallindustrie. Die amtliche Aufhebung der Ausfuhr von Zinnplatten nach Holland, Dänemark und Schweden, um den Weitertransport nach Deutschland zu verhindern, ist, englischen Blättern zufolge, ein schwerer Schlag für die Zinnplattenindustrie in Wales, woher Deutschland große Quantitäten dieses Artikels bezog. Gestern wurden bereits mehrere Werke in Swansea geschlossen, 300 Mann wurden arbeitslos. Wie verlautet, haben die Behörden es auf sich genommen, darauf zu achten, daß nicht neutrale Länder die Walliser Zinnplatten vom Marke verdrängen.

Versammlungen.

Der Transportarbeiterverband im dritten Quartal. Der Geschäftsbericht der Bezirksverwaltung Groß-Berlin, den Werner am Donnerstag in der Generalversammlung erstattete, veranschaulicht die Wirkung des Krieges auf die Lage der Organisation. Die Unterbrechung des Eisenbahngüterverkehrs in den beiden ersten Kriegswochen wirkte ungünstig auf die Arbeitsgelegenheit desjenigen Teils der Transportarbeiter ein, der im Expeditionsgewerbe beschäftigt ist. Die Ausbeutung von Pferden und Automobilen für Militärgewerke brachte erhebliche Arbeitslosigkeit im Fahrgewerbe mit sich, denn die Unternehmer konnten nicht sogleich Ersatz schaffen für das abgegebene Pferde- und Wagenmaterial. Dieser Mangel machte sich auch jetzt noch bemerkbar, infolgedessen herrscht gegenwärtig eine starke Arbeitslosigkeit unter den Transportarbeitern, wenn es auch einem Teil der Arbeitslosen möglich war, in anderen Berufszweigen Beschäftigung zu finden. Ende August waren 5175 Mitglieder, das sind 16 Proz. der Gesamtzahl, arbeitslos. Dann hat sich die Lage noch und nach etwas gebessert, zum Teil dadurch, daß die Unternehmer von den Behörden ersucht wurden, von Vertriebsbeschränkungen nach Möglichkeit Abstand zu nehmen. Bis Ende Oktober war die Zahl der Arbeitslosen auf 2744 zurückgegangen, auch im November ist wieder ein kleiner Rückgang der Arbeitslosigkeit eingetreten, aber es sind immer noch mehr als 2000 Mitglieder oder 6 Proz. arbeitslos, während im vorigen Jahre unter der Herrschaft der wirtschaftlichen Krise nur 4 Proz. der Mitglieder arbeitslos waren. Unter diesen Verhältnissen konnte trotz der regen Agitation die Mitgliederzahl nicht auf ihrem alten Bestand erhalten werden. Während die Bezirksverwaltung am 1. Juli 51 787 Mitglieder zählte, waren am 1. Oktober nur noch 39 846 Mitglieder zu verzeichnen. Rund 12 500 Mitglieder, darunter 5120 Verheiratete, sind zum Militär eingezogen. Die Zahl der Einberufenen hat sich nach Schluß des Quartals noch vermehrt, so daß jetzt etwa 13 000 Mitglieder im Heere stehen. 51 Mitglieder sind, soweit bis jetzt bekannt ist, im Felde gefallen. Außer dem Mitgliederabgang, der auf die Einberufungen zurückzuführen ist, hat der Verband noch rund 1800 Mitglieder verloren. Es wird aber erwartet, daß viele von denen, die infolge der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse mit ihren Beiträgen im Rückstande blieben, nachzahlen und zur Organisation zurückkehren werden. — Bemerkungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse konnten unter diesen Umständen natürlich nicht ins Werk gesetzt werden, doch hat sich der Verband mit Erfolg bemüht, Verschlechterungen, die in verschiedenen Betrieben beobachtet wurden, zu verhindern. — Der durch den Mitgliederabgang bedingte Ausfall an Beiträgen hat die Kassenverhältnisse ungünstig beeinflusst, jedoch konnte der Verband seinen Unterstützungsüberpflichtungen in vollem Umfang nachkommen. Im Laufe des Quartals wurden insgesamt 347 250 M. für Unterstützungsarbeiten ausgegeben, davon fast 1500 M. an 5790 Arbeitslose. Die freiwilligen Sammlungen für den Not-

standsfonds ergaben den Betrag von 19 400 M., wovon bis jetzt etwa 11 000 M. an die Frauen eingezogener Mitglieder und 3000 M. an notleidende Kollegen gezahlt wurden.

Aus alledem ergibt sich, daß der Verband auch in diesen schweren Zeiten den Kollegen einen starken Rückhalt bietet und daß es im eigenen Interesse der Mitglieder liegt, dem Verbande die Treue zu bewahren. Die in den Bräuerzeilen beschäftigten Mitglieder haben das leider — das wurde in der Versammlung stark betont — nicht eingesehen, sondern sie haben den Verband zum großen Teil verlassen, nachdem ihre Löhne durch die letzte Tarifbewegung für längere Zeit sichergestellt worden sind.

Zentralverband der Handlungsgehilfen. In der am Donnerstag abgehaltenen Generalversammlung erbat Herr Rogon den Geschäftsbericht und Schmidt den Kassenbericht. Aus beiden Berichten ergibt sich, daß die Entwicklung des Verbandes trotz des Krieges eine günstige ist. Der Mitgliederbestand ist ziemlich stabil geblieben, daran hat auch die große Arbeitslosigkeit nichts geändert. Die Kassenverhältnisse können als befriedigend gelten. Auch die Unterstützungsfrage zu Anfang des Krieges auch auf die Hälfte herabgesetzt werden, so ist die erfreuliche Tatsache zu verzeichnen, daß die Mitglieder diese Maßregel bereits wieder abzuändern und auf drei Viertel heraufzusetzen. Anguerkennen ist auch die Opferwilligkeit der Mitglieder, die es ermöglichte, außer den finanziellen Sägen an in Not geratene Mitglieder Ergänzungsleistungen zu zahlen. Aus diesen Sammlungen ließen auch den Kollegen im Felde Viebesgaben zu, die von den Beichtenden mit herzlichem Dank quittiert wurden. Aus dem von Publii erstatteten Bericht ist zu entnehmen, in welcher umfangreicher Weise die Unternehmer zu Gehaltskürzungen gezwungen sind, ohne daß eine spinnende Veranlassung hierzu vorlag. Dem Eingreifen des Verbandes ist es in vielen Fällen gelungen, diese Kürzungen rückgängig zu machen und dafür zu sorgen, daß den Angestellten wieder ihr volles Gehalt ausgezahlt wurde. Die Wirkung des Eingreifens war, daß die Mitgliederzahl des Verbandes eine erhebliche Zunahme zu verzeichnen hatte, was allerdings erst im Bericht des 4. Quartals zum Ausdruck kommen wird. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen wird jedenfalls zu den Gewerkschaften zählen, die den Krieg gut überstehen werden.

Parteiveranstaltungen.

Zweiter Wahlkreis. Dienstag, den 24. November, abends 8 1/2 Uhr, finden in den Gharus-Sälen, Wälderstr. 143 und den Riss-Sälen, Schönbauer-allee 130, zwei Mitgliederversammlungen statt. Die Tagesordnung lautet: Unsere Aufgaben in schwerer Zeit. Referenten sind die Genossen Reichsstadtsabgeordneter Hugo Haule und Georg Verbeure.

Britt-Gudow. Einen Lichtbildvortrag „Die Kunstschätze Belgiens und Nordfrankreichs“ veranstaltet der Bezirksausschuss am heutigen Sonntag, abends 8 Uhr, bei Beder, Chaussee 97. Eintrittskarten a 10 Pf., sind im Konsumladen in der Werderstraße und im Jagarlenladen Jenaerstraße, Hermannstraße (Idealbauten) zu haben. Garderobe frei. Die Eintrittskarten des Wahlkreises befinden sich jetzt in der Wälder-allee 130, 2. Etage. Vorkaufgabe jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend von 4—9 Uhr. Das Mitgliedbuch ist mitzubringen.

Königsberg-Verena-Buch. Heute abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von August Lange, Königsberg, Sternstr. 8, der gemeinsame Jahrsabend statt.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 22. November, vorm. 9 Uhr, finden Pappel-allee 15—17; Reuthstr. „Idealpassage“; Ziegel, Bahndorfer-allee 15 und Ober-Schöneweide, Altmühlstr. 2; Freireligiöse Versammlungen statt. — Vormittags 11 Uhr, kleine Frankfurter Str. 6: Vortrag von Herrn Dr. B. Wille: „Unser Lot.“ — Nachmittags 4 Uhr, Pappel-allee 15—17: Vortrag des Herrn W. Manasse: „Die Toten an die Lebenden.“ — Damen und Herren als Gäste willkommen.

Verwendet „Kreuz-Pfennig“-Marken auf Briefen, Karten usw.

Mitteilung.

Dem verehrlichen Publikum Groß-Berlins, insbesondere unserer werten Kundschaft, machen wir die ergebene Mitteilung, daß wir Gelegenheit hatten, große Posten

hocheleganter Konfektion

billig anzukaufen. Es befinden sich darunter viele Waren, die für den Export bestimmt waren und infolge des Krieges und der Grenzsperrern nicht zum Verkauf gelangen konnten. — Die Posten bestehen aus:

Kostümen, Paletots, Ulster, Seal-Plüsch-, Velour du Nord- und Backfisch-Mänteln, kurze und lange Formen neuester Saisonmode usw. usw. und wird hierdurch jedem Käufer Gelegenheit geboten,

billig zu kaufen.

Sielmann & Rosenberg

Gegründet 1860 Kommandantenstraße, Ecke Lindenstr., Gegründet 1869

22 Schaufenster. — 2 Häuser vom Dönhofsplatz.

Sonntags von 12—2 Uhr geöffnet.

Konsum-Fleischerei!

Hauptgeschäft:

Zentral-Markthalle I Am Alexanderplatz

Anfolge des großen Andranges nach Rinderfleisch, welches wir täglich frisch aus Militär-Konzerne-Fabriken geliefert erhalten, eröffnen wir zur Bequemlichkeit des Publikums

von heute Sonnabend früh, d. 21. November, ab

folgende weitere Verkaufsstellen:

I. In der Markthalle am Weddingplatz, Stände 8 u. 9.

II. In der Markthalle Invalidenstraße, Stände 57, 58, 59.

III. In der Markthalle Andreasstraße, Stände 15 u. 16.

Die Preise sind wie bisher:

1 Pfd. 20 Pf., 2 Pfd. 35 Pf., 3 Pfd. 50 Pf.

Zur schnelleren Abfertigung wird gebeten, das Kaufgeld abgezählt zu halten.

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreise
Stralauer Viertel, Bezirk 305 II.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Genosse, Frau

Klara Trenner
Fraustr. 17
gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Montag, den 22. November, nach-
mittags 3 Uhr, von der Halle
des Zentral-Friedhofes in Fried-
richshöhe aus statt.

Um rege Beteiligung wird er-
sucht.

Köpenicker Viertel, Bezirk 190.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Genosse, der Händler

Wilhelm Seidel
Ladorstr. 5, gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute,
Sonntag, nachmittags 3 Uhr,
von der Halle des alten Thomas-
Kirchhofes in Neudöln, Hermann-
straße, aus statt.

Stralauer Viertel, Bezirk 314.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Genosse, der Friseur

Gustav Stein
Königsberger Str. 31, gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

217/11 **Der Vorstand.**

Deutscher Tabakarbeiter-Verband
Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass der Kollege

Julius Buchmüller
am 10. November im Refektor-
lazarett zu Bartenstein gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

167/6 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Buch- und Stein-
druckerel - Hilfsarbeiter
und Arbeiterinnen Deutschlands.**
Ortsverwaltung Berlin.

Am Donnerstag, den 19. d. M.,
verstarb nach schwerem Kranken-
lager unser Mitglied

Klara Trenner
im Alter von 34 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Montag, den 22. November, nach-
mittags 3 Uhr, auf dem Zentral-
Friedhofe in Friedrichshöhe statt.
28/8 Die Ortsverwaltung.



**Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz
gefallenen Genossen!**

Am 22. Oktober fiel im Westen der Kaiser

Hermann Saß
Holzmarktstraße 40, Bezirk 288.

Bei den Kämpfen im Osten fiel der Arbeiter

Max Kindermann
Feldsteinstraße 17, Bezirk 193 I.

Am 16. November verstarb im Lazarett infolge einer Verwundung
der Schriftfeger

Johannes Kubick
Göhlerstraße 10/11, Bezirk 300. 217/10

Sozialdemokr. Wahlverein I. d. 4. Berliner Reichstagswahlkr.

Im Osten gefallen der Schleifer

Franz Bading
Steinmühlstraße 16, 19. Bezirk.

Im Westen gefallen der Arbeiter

Valentin Schimmelpfennig
Johann-Guß-Strasse 8, 11. Bezirk.

Im Felde verwundet und im Lazarett verstarb der Arbeiter

Paul Salewski
Weserstraße 25, 4. Bezirk.

Die Beerdigung findet heute nachmittags 3 Uhr auf dem Garnison-
Friedhof in der Hagenstraße statt.

230/15
Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.

Auf dem Schlachtfelde im Westen fiel unser Genosse

Max Thiele
Kathausstraße 91, Bezirk 6. 197/17

Sozialdemokratischer Wahlverein Mariendorf.

I. Mohrenstraße 37a II. Gr. Frankf. Str. 115
(Kolonnaden) (nahe Andreasstr.)

Bekannteste Bezugsquelle für starke Figuren.

Westmann

Dauerhafte Wollplüsch-Mäntel | Kalkulierter
praktische | ermäßigt auf 50.-
mit langjähriger Garantie, auf 1a Futter
maximale Einlage u. eleg. Polamentenbesätzen | Verkaufspreis
bis 125.-

3 Ulster - Tage

Ulster ausgeführt in gediegenen
möglichen Stoffen und neu-
artigen Schnittten. | 10%
Kalkulierter Verkaufspreis bis 35.- | 21.-

Ulster, Modelle, beste Fabri-
kationen, aparte Besatzmaße-
richtungen. | Kalkulierter Verkaufspreis bis 74.-

Poliskonfektion
in hervorragender Qualität.
Fertiggestellte Mäntel,
Stolen u. Muffen
bedeutend unter Preis.

Echte Sealplüsch-Mäntel kalkuliert bis 190.- | 85.-
ermäßigt auf

Ein **Modell - Kostüme** kalkuliert bis 145.- | 90.-
ermäßigt auf

Sonntag 12-2 geöffnet.

**Deutscher
Transportarbeiter-Verband.**
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nach-
richt, dass unser Kollege, der Packer

Max Alex
von der Firma Lampson u. Oppden-
hof am 16. November an den aus
dem Schlachtfelde erlittenen Wun-
den im Alter von 27 Jahren im
Krankenhaus Neudöln verstorben ist.
68/19

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 21. November,
nachmittags 3 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Gemeindefried-
hofes Neudöln, Mariendorfer Weg
aus statt.

Rege Beteiligung erwartet
Die Bezirksverwaltung.

Arbeiter-Turnverein Schöneberg.

Hern von der Heimat verstarb
am 14. November im Kriegs-
lazarett in Frankreich infolge
schwerer Verwundung unser lieber
Lutschnoffe

Otto Kuhlmeier II.
im 22. Lebensjahre. 188/18

Wir werden ihm ein ehrendes
Andenken bewahren.

Der Vorstand.

Durch den Tod ist unserem Verein sein erster Vor-
sitzender, der Stadtverordnete

Herr Julius Riemer

entrisen. Die väterliche Sorge, die er in persönlichem
Verkehr unseren Schülern, den blinden Kindern, an-
gedeihen ließ, läßt ihn diesen und uns als vollkommen
unersetzlich erscheinen. Dasselbe gilt von seinem un-
ermüdlichen und erfolgreichen Walten für unser Personal
und das Vermögen des Vereins. Wir werden ihm ein
dauerndes ehrendes Andenken bewahren.

**Der Vorstand des Vereins
zur Förderung der Interessen der Blinden
zu Berlin.**

**Allgemeine
Orts-Krankenkasse
für
Berlin-Tempelhof.**

Einladung

zu der am Montag, den 30. No-
vember, abends 8 1/2 Uhr, im
Restaurant **Stuhlmann** (Genossen-
schaftshaus), Berlin-Tempelhof,
Torstr. 51, stattfindenden
ordentlichen

Ausschuß - Sitzung.

Tagesordnung:

1. Festsetzung des Vorantrages für
das Geschäftsjahr 1915.
2. Wahl einer Rechnungsprüfungs-
kommission zur Prüfung der
Jahresrechnung pro 1914.
3. Verschiedenes.

Beschwerden und Anfragen sind
spätestens bis Mittwoch, den 25.
November, bei der Kassenvorwaltung
schriftlich einzureichen. 279/2

**Der Vorstand
der Allgem. Orts-Krankenkasse
für Berlin-Tempelhof.**
Hilbert George, 1. Vorsitzender.

Ziehung: 3., 4., 5. Dezbr.

**Wohlfahrts-
Geld-Lotterie**

der Deutschen Kolonial-Genossenschaft
227 273 Lose. 7234 Geldgew. - Mark

250000
Hauptgewinn Mark:
75000
30000
20000
10000

Wohlfahrts-Lose zu M. 3.²⁰
Paris und Lize 30 Pfg. extra
zu haben bei den Kgl. Lotterien-
einstreuer und allen Loseverkaufern
**Verband Königl. Preuss.
Lotterie-Einstreicher**
Berlin C. 2, Borgstrasse 27.

Sängerehor „Vorwärts-Süd-Ost“.

Am Montagabend 7 Uhr ver-
starb nach langem schwerem Leiden
unser Mitglied, der Schneider-
meister

Otto Sternberg
Wilmersdorf, Pariser Str. 2.

Die Beerdigung findet am
Sonntag, nachmittags 3 Uhr,
von der Leichenhalle des Wilmers-
dorfer Friedhofes, Beckmer Straße,
aus statt.

Rege Beteiligung erwartet
53/3 **Der Vorstand.**

Nachruf!

Am 23. Oktober fiel im Westen
unser lieber Kollege

Julius Jankowsky.
Die Kollegen der Firma
Weber & Co.
Leicht sei ihm die fremde Erde!

Hiermit zur Nachricht, dass un-
ser Kollege

Frau Elisabeth König
am 17. November verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Sonntag, nachmittags 3.05 Uhr,
von der Leichenhalle in Ahrensdorf
aus statt.

Abfahrt vom Bahnhof Lichter-
berg-Friedrichshöhe 2.45 Uhr.

Die Beerdigung findet am
Sonntag, nachmittags 3.05 Uhr,
von der Leichenhalle in Ahrensdorf
aus statt.

**Orts-Krankenkasse
der Mechaniker, Optiker
und verwandten Gewerbe.**

Die Herren Ausschussmitglieder
werden zu der am Montag, den
30. November 1914, abends 8 1/2 Uhr,
im Müller-Bereinsbau, Ravi-
er-Strasse 31, stattfindenden
ordentl. Sitzung des Ausschusses
eingeladen. 278/15

Tagesordnung:

1. Wahl des Rechnungsprüfungsausschusses
für die Prüfung der Rechnung
für 1914
2. Festsetzung des Vorantrages
für 1915.
3. Verschiedenes.

Berlin, den 20. November 1914.

Der Vorstand.

M. Gutschke, F. Hamann,
Vorsitzender, Schriftführer.

Die den Herren Vertretern zu-
geleitete Einladung dient als Kuschein.

Spezialarzt

Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125, (Oranienb.) Tor-
für Syphilis, Karna- u. Frauenleiden -
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage)
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere
schmerzlose Heilung ohne Berufs-
störung. Teilzahlung.
Spr. 11-2 u. 5-8, Sonn. 9-10

**Arbeiter-
Gesundheits-Bibliothek**
Jedes Heft 20 Pfg.

Damen-Mäntel
verkauft an Private
unter Preis

Ulster 9,75, Plüschmäntel 27,
Lange Astrachanmäntel M. 24,
Schneider-Werkstatt
Schlöhner Allee 132, Hof 1,
Hochb.-Stat. „Danziger Str.“

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Nachruf.

Den Kollegen zur Nach-
richt, dass unser Mitglied, der
Klempner

Paul Schumke
am 7. d. Mts. den Tod durch
Urtümlichkeit fand.

Ehre seinem Andenken.

128/2 Die Ortsverwaltung.

Am 20. November starb unser
lieber Kollege und langjähriger
Mitarbeiter, der Schriftfeger

Paul Förste
im 56. Lebensjahre. 3025

Ein ehrendes Andenken be-
wahrt ihm

Das Personal der Buchdruckerei
Gehr. Graß.

Beerdigung Montag nachmittags
4 Uhr auf dem Heilands-Kirchhof
in Bismarck.

Dankagung.

Statt Karten.

Für die überaus zahlreichen
Gemeinde herzlichsten Teilnahme bei
der Beerdigung meiner un-
geliebten Frau, unserer bewand-
ten Mutter und Lebtier, Frau

Martha Klein
geb. Seibt
sagen wir unseren innigsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Innungskrankenkasse
der Juweliere, Gold- und
Silberschmiede (Zwang-
sinnung)
zu Berlin.**

Sonntag, den 28. November,
abends 8 1/2 Uhr,
im Schlichter, Neue Jakob-
straße 24/25, Gartenamt:
**Ordentliche
Ausschuß-Sitzung.**

Tagesordnung:

1. Verlesung des Protokolls der
Sitzung vom 11. Mai.
2. Genehmigung des Vorantrages
für 1915.
3. Genehmigung zum Beitritt zur
Zentral-Kommission und der freien
Vereinigung der Krankenkassen der
Provinz Brandenburg.
4. Genehmigung der Dienstordnung.
5. Wahl von drei Mitgliedern zur Prü-
fung der Jahresrechnung 1914.
6. Verschiedenes.

278/16
Max Kost, H. Hertz,
Vorsitzender, Schriftführer.

Ganz Berlin O

wird über meine billigen Schuhwarenpreise staunen
und wird eine Ersparnis für jedermann sein!

Kinder-Kamelhaarstoffschuhe imitiert Gr. 27/29 **48 Pf.**

Kinder-Kamelhaarstoffschuhe imitiert Gr. 30/35 **58 Pf.**

Damen-Kamelhaarstoffschuhe imitiert **88 Pf.**

Herren-Kamelhaarstoffschuhe imitiert **78 Pf.**

Damen-Schnürstiefel und Schuhe
mit Lackkappe und Derbyschnitt **4,85**

Herrenstiefel mit Lackkappe **6,45**

Damen-Schnürstiefel Einzelpaar in schwarz
und braun, Größe 36 **8,45**

Damen-Hausschuhe schwarz und braun
Größe 36/42 **1,95**

Schnallentiefel für Herren **5,45**

Aufsehen erregend!

Mädchen- und Knabenstiefel
schwarz, Gr. 26/30 31/35 **4,45** Größe 27/30 **3,95**

Der Weg lohnt sich nach

Schuhhaus Kuntze Nchf.
nur Gr. Frankfurter Str. 83,
Ecke Marsillusstraße.

Deutscher Händler-Verband.
Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Kenntnis,
dass unser Kollege

Wilhelm Seidel
Ladorstraße 5, Bezirk 4
verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute
Sonntag, den 21. November,
nachmittags 3 Uhr, von der Halle
des Thomas-Kirchhofes, Neudöln,
Hermannstraße, aus statt. 1497b

Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Am 4. November fiel im Franz-
seck unser Mitarbeiter, der Buch-
druckereihilfsarbeiter

Adolf Köppen.

Sein kollegiales Wesen und
seine stets Hilfsbereitschaft haben
ihm bei uns ein bleibendes An-
denken. 5035

Das Personal der Buchdruckerei
A. Seydel & Cie., G. m. b. H.

**Konsum-, Produktiv- u. Spar-
verein Zehlendorf und Umg.**

Eingetragene Genossenschaft m. b. H.
Zehlendorf, Wannseebahn.

**Einladung
zur ordentlichen
General-Versammlung**
am Sonntag, den 29. November
1914, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Saale
des Herrn **W. Miek** in Zehlen-
dorf, Karstr. 12.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes.
2. Bericht des Aufsichtsausschusses.
3. Entlastungsbereitschaft für den Vor-
stand.
4. Beschlusseckung über Verteilung
des Reingewinnes.
5. Wahl zum Vorstand.
6. Vereinsangelegenheiten.

Bei Stellung von Anträgen ver-
weisen wir auf § 29 des Statuts.
Wartenblatt legitimiert. 107/2

Der Aufsichtsrat.
Otto Jäkel, W. Jakob.

Herren-Moden

fertig und nach Mass
hochlegant, enorm billig

Teilzahlung gestattet

J. Kurzberg & Co.
Mass-Schneiderei
Rosentauher Str. 36
I. Etage.

Hiermit die Trauernachricht, dass
nach längerem Leiden meine innigst-
geliebte Gattin und Mutter, unsere
liebe Tochter, Schwester, Schwö-
gerin und Schwägerin

Martha Welsch
Neudöln, Stuttgarter Straße 59,
sanft entschlafen ist. 4926

Um dieses Beileid bitten die
trauernden Hinterbliebenen
**Oskar Welsch u. Sohn, Sonnenberg,
Familie Kuchta, Ralzig,
Familie Sommer.**

Die Beerdigung findet Montag,
den 23. November, nachmittags
3 Uhr, von der Halle des neuen
Neudöln-Gemeindefriedhofes,
Wartenbacher Weg, aus statt. 4935

Allen Verwandten, Freunden
und Bekannten die traurige Nach-
richt, dass unsere liebe Mutter
und Großmutter

Karoline Zumm
nach kurzem Leiden verstorben ist.

Dies zeigen mit der Bitte um
Hilfe Teilnahme an

**Geschwister Zumm,
Familie Gabel,
Familie Bergemann.**

Die Beerdigung findet am
Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von
Wartenbacher Friedhof aus auf
dem Johanniskirchhof in Bismarck
aus statt. 6006

Monats-Garderobe!

4-500 getragene Anzüge I. Herren:
Smoking, Grad- u. Gehrock-An-
züge (auch 3. verleben), Winter-
paläto und Ulster sowie von
Kavalieren getragene, fast neue
Sachen (a. Seide), 1. job. Platz das
in größter Auswahl 3. unübertreff-
billigen Preisen.

1. Et., deshalb billiger wie 1. Laden.

**Hirsch Kiefernbaum, Wasser-
straße 12/13 I.**

Kanarienvögel

sehr kalte Vögel, Stück
5, 6, 8, 10 R. Weißchen
von 1 R. an. Preisliste frei.
Preisliste über Salzbögel frei.

Ad. Janson, Parf. Gart.

Beispielmateriale zu unzureichend gewesen, um einzuschreiten. Es sei nicht zu befürchten, daß erste Fälle der Aufmerksamkeit der Behörden entgingen. Es lägen nicht viele Fälle von Hochverrat vor.

Lord Mayo sagte, er halte es für ungewiss, daß deutsche Seeminien an der irischen Küste aus irischen Fischerbooten ausgelegt wurden. Lord Curzon sagte, alles das weise auf ein ausgebreitetes Spionagesystem hin. Er warf dem Lordkanzler vor, daß er das Verhalten und die Bequemlichkeit der Untertanen feindlicher Staaten über die Sicherheit des Reiches stellte. Er wünschte die Errichtung von Zentralressorts für Spionageangelegenheiten.

Lord Crewe sagte, es sei ihm neu, daß das Legen deutscher Seeminien an der irischen Küste mit aufrührerischer Gesinnung in Irland zusammenhänge. Er wisse, daß eine Erregung im Lande herrsche, weil die Regierung angeblich nicht drastisch genug gegen die Spionage eingeschritten sei, aber die edlen Lords, die von Hochverrat sprächen, sollten nicht vergessen, daß auch bei dem herrschenden Kriegrecht ein volles Beweismaterial, welches die Jury überzeuge, beigebracht werden müsse, um Leute herabzusetzen, insbesondere zum Tode verurteilen zu können. Einige Kritiker der Regierung schienen zu glauben, daß es in einer Zeit großer Gefahr nicht soviel auf Beweise ankäme und daß man es nicht zu genau nehmen müsse, wenn zwei oder drei Leute, gegen die eigentlich nichts erwiesen sei, gehängt oder erschossen würden. Die Regierung könne sich nicht zu diesem Standpunkt bekennen. Lord Halsbury fragte, ob nicht ein sehr sinnreiches Korrespondenzsystem aufgedeckt worden sei. Der Lordkanzler erwiderte, eine genaue Untersuchung habe ergeben, daß nichts daran war.

Unterstützung der Angehörigen von Zivilgefangenen.

London, 29. November. (B. Z. V.) Die britische Regierung beabsichtigt, den in England geborenen Frauen und Kindern deutscher Internierter ein Pfund Sterling (20 M.) wöchentlich auszugeben, was den Zahlungen entspricht, die der amerikanische Konsul an in Deutschland geborene Frauen und Kinder Internierter leistet.

Der Schaden der Beschimpfungen.

London, 20. November. (B. Z. V.) Die „Times“ melden aus Washington: Das Lob der patriotischen Tapferkeit der deutschen Truppen in einem der jüngsten Berichte des offiziellen Londoner Pressebüros machte tiefen Eindruck auf die amerikanischen Beobachter. Die „World“ zitiert die anerkennenden Worte des „Lokalzeitungs“ für Lord Roberts und sagt: Diese Worte enthalten eine wertvolle Moral für unsere neutralen Janatier sowohl für die Deutsch-Amerikaner wie für die Freunde der Verbündeten, und beweisen, daß große Nationen, die in einem tödlichen Kampfe begriffen sind, dennoch gegeneinander gerecht und generös sein können. Der Korrespondent der „Times“ fügt hinzu, der Kommentar der „World“ verbiete die Aufmerksamkeit und Beachtung jener, denen es um die gute Meinung der Vereinigten Staaten zu tun sei. In der Presse und im privaten Leben fehle es nicht an Anzeichen, daß die wahllose Beschimpfung und Herabsetzung der deutschen Tapferkeit und militärischen Tüchtigkeit von seiten gewisser britischer Journalisten und sogar offizieller Kreise gefährlich sei, weil sie das Recht, das der Krieg den Engländern gebracht habe, beeinträchtigen.

Das gleiche, das hier von den Beschimpfungen Deutschen durch Engländer gesagt wird, gilt natürlich auch umgekehrt.

Arbeiterschulungskonferenz in Belgien.

Unser holländisches Parteiblatt „Het Volk“ hat von einigen belgischen sozialistischen Abgeordneten, die in Holland waren, Mitteilungen über die jetzige Lage in Brüssel erhalten. Sie teilten u. a. mit, daß in der vergangenen Woche zwischen zwei Vertretern des Berliner Reichsamts des Innern und einigen Vorstandsmitgliedern der belgischen Gewerkschaftszentrale (Wandersmissen, Delporte, Mertens und Huysmans) eine Konferenz stattgefunden habe und Beratung der Einführung einer neuen Arbeiterschulungsgesetzgebung in Belgien. Die Gewerkschaftsvertreter hätten sich jedoch auf dem Standpunkt gestellt, daß die Gewerkschaftszentrale sich schwerlich mit einem solchen Gesetz befassen könne, da in Belgien jetzt fast gar keine gewerbliche Arbeit verrichtet wird, und da die Gewerkschaftszentrale auch keine offiziierte Regelung wünscht. Nach diesen Erklärungen scheiterte die Konferenz.

Japanisch-chinesische Konferenz.

Die japanischen Operationen im fernen Osten, die zu der Erklärung Lingtaus, der Besetzung der ganzen deutschen Kolonie Kiautschou, der Vorkriegsregierung der deutschen Schantungbahn, der Besetzung der chinesischen Stadt Tsingtau und anderer Punkte der als neutral erklärten Zone geführt haben, haben die Notwendigkeit ergeben, die durch diese Operationen herausbeizuhorenen Fragen im Verein mit der chinesischen Regierung zu regeln.

Zu diesem Zweck wird nun, wie die ostasiatische Presse mitteilt, nach Peking eine japanisch-chinesische Konferenz einberufen, die alle Streitfragen zwischen China und Japan schlichten soll. Die chinesische Regierung hat beabsichtigt, auf dieser Konferenz dafür einzutreten, daß Japan sein bei Anfang des Krieges gegebenes Versprechen hält und Kiautschou wie die Schantungbahn an China hält und Tsingtau und Tsingtau wie die ganze neutrale Zone zurückgibt und Tsingtau wie die ganze neutrale Zone zurückgibt. Ob aber China mit seinen durchaus berechtigten Forderungen Erfolg hat, ist sehr zweifelhaft.

Als Vertreter Japans werden der koreanische Generalgouverneur Graf Teramachi und der frühere Gesandte in Peking, Adachi, an der Konferenz teilnehmen. Graf Teramachi ist Führer der japanischen Kriegspartei, der für eine „aktive“ Politik Japans in China eintritt. Als Vertreter Chinas auf der Konferenz ist der frühere Gesandte in Petersburg, Lutschensian, ernannt, von dem anzunehmen ist, daß er nur bestrebt sein wird, ein irgendwie annehmbares „Kompromiß“ mit Japan zu schließen. Bei der starken militärischen Uebermacht Japans ist nicht zu zweifeln, daß China, trotz der diplomatischen Unterstützung der Vereinigten Staaten Amerikas, sich unter das Joch Japans wird beugen müssen.

Politische Ueberblick.

Reichstagsabgeordneter Draband gestorben.

Wie aus Hamburg telegraphiert wird, ist dort Dr. Draband, der fortschrittliche Vertreter des G. Schleswig-holsteinischen Wahlkreises, nach kurzer Krankheit gestorben.

Dr. Draband, der auch seit 1904 Mitglied der Hamburger Bürgererschaft war, hat nur ein Alter von 44 Jahren erreicht. Dem Reichstag gehörte er erst seit 1912 an, wo er den Wahlkreis Elmshorn-Binneberg, der uns 1907 bei den Wahlen verlorengegangen war, in der Stichwahl für die Fortschrittspartei behauptete. Bei der Hauptwahl des Jahres 1912 wurden 22 636 Stimmen für Genossen v. Elm abgegeben, Draband vereinigte 13 752 Stimmen auf sich, ein national-liberaler Kandidat 8496 und ein Reichsparteiler 2229 Stimmen. In der Stichwahl unterlag Genosse v. Elm mit 23 396 Stimmen gegen 25 072 Stimmen, die Draband erhielt. Dr. Draband war, wie die meisten jüngeren Mitglieder der Fortschrittspartei, durchaus imperialistisch gesinnt und vertrat seine Partei vor allem in Kolonialfragen.

Als Politiker war Dr. Draband zuerst weiten Kreisen bekannt geworden, als er in einer Stichwahl zur Hamburger Bürgererschaft die Parole für die Sozialdemokratie ausgesprochen hatte und deshalb seinen Abschied als Landwehroffizier nehmen mußte.

Keine „Kriegsbente“ Privater!

Mit denen, für die der Krieg ein Geschäft ist, beschäftigt sich jetzt auch der konservativ gerichtete „Türmer“. Auch er ist mit uns der Ueberzeugung, daß der im Kriege erworbene Vermögenszuwachs an die Allgemeinheit zurückzuführen sei; er will es aber der Großmacht der Kapitalisten selbst überlassen, dementsprechend zu handeln. Der „Türmer“ schreibt:

„Die Geschichte der am Kriege reich gewordenen Armeelieferanten aus dem Jahre 1870 ist bekannt. So mancher unter ihnen war vor dem Kriege Kaufmann und Fabrikant in bescheidenen Verhältnissen und nach dem Kriege Großunternehmer mit Millionenvermögen. Nicht viel anders wird's wohl auch 1914 wieder gehen. Aber mancher Armeelieferant, der jetzt Millionenbestellungen durchführt, lebte auch schon vor dem Kriege in glänzenden Verhältnissen, und es bedarf vielleicht nur eines Hinweises, um ihn seinen besonderen Reizgewinn an dem Kriege, der Hunderttausende seiner Landsleute dahintrafft oder dauernd dem Siechtum überantwortet, gründlich zu bereifen. Was hat es zu bedeuten, wenn jemand, dem der Krieg Tausende und aber Tausende von Mark zu verdienen gibt, mit einer vierstelligen Zahl in der roten-Kreuz-Sammelliste erscheint? Wenn er gerade an Lieferungen von Verbandstoffen und dergleichen für das rote Kreuz zehnmal mehr verdient, als er dafür zahlt? Wir haben von Beamten gehört, die ihr Dienstinkommen teilweise für das allgemeine Wohl hingegen haben, sonst durch hohe Honorare vermögende Künstler verzierten im Dienst der Wohltätigkeit auf jedes flüchtige Entgelt für ihre Darbietungen und Werke, von allen Seiten drängen sich freiwillige unbezahlte Hilfskräfte; wo aber ist der hochberzige und wahrhaft großzügige Kaufmann, der seinen Namen nicht nur in öffentlichen Sammlungen für wohltätige Zwecke mit einer schönen runden Summe glänzen lassen will, sondern der rundweg erklärt: „Was mir der Krieg an Reizgewinn eingebracht hat, mir, der ich gefährt in der Sicherheit lebe, die mir meine tapferen Landsleute im Feuer erkämpfen, das soll ganz und ungefährlich mir, sondern der Allgemeinheit gehören!“

Daß auf diesem Wege nichts anzurichten ist, ist klar. Wir haben aber durch das Wehrbeitragsgesetz eine Feststellung der am 1. Januar 1914 in Deutschland vorhanden gewesenen Vermögen, und das Vermögenszuwachssteuergesetz schreibt eine neue Erhebung nach drei Jahren vor. Die gesetzlichen Handhaben zur Wegsteuerung der Kriegsgewinne sind also gegeben, man muß sie nur ergreifen. Deklamationen helfen in dieser Zeit gar nichts, es gilt nur die Tat.

Der sächsische Landtag

tritt, wie bereits kurz gemeldet, nächste Woche zu einer kurzen Tagung zusammen. Am 25. November werden wahrscheinlich Regierung und Vertreter der Fraktionen in einer freien Kommission die von der Regierung eingebrachten Vorlagen durchzusehen, und am Nachmittag desselben Tages soll dann die entscheidende und einzige öffentliche Plenarsitzung abgehalten werden. Die Möglichkeit weiterer öffentlicher Erörterungen über die gegenwärtige Lage, wie sie in der sächsischen Parteipresse gewünscht wurde, ist nicht vorgesehen. Wie wir erfahren, wird die Regierung die Aufnahme einer außerordentlichen Staatsanleihe im Betrage von 200 Millionen Mark vorschlagen. Da von einer früheren Anleihe noch 60 Millionen Mark zur Verfügung stehen, würde dann ein Betrag von 140 Millionen Mark für die vom Staat noch zu ergreifenden Maßnahmen gegen die Kriegsgewinn vorhanden sein. Da die unmittelbare Ausfertigung der neuen Anleihe Schwierigkeiten machen dürfte, wird die Regierung den Weg der Ausgabe von Schakanweisungen beschreiten. Zur Milderung der Arbeitslosigkeit sind umfangreiche Bauten und Arbeiten im Verkehrswesen (Straßen, Eisenbahnen) vorgesehen. Einen Nachtragetat einzubringen — wie es eigentlich erforderlich wäre — ist bei der Unübersehbarkeit der Verhältnisse nicht möglich. Die Regierung hofft bestimmt, daß ihr der Landtag in dieser Beziehung entsprechende Vollmachten geben wird. Der Etat wird durch die Kriegsverhältnisse natürlich auch in unvorhergesehener Weise beeinflusst. Die Einnahmen werden gegen den Voranschlag stark zurückgehen, die Ausgaben sich vermehren. Er soll aber trotzdem aufrecht erhalten werden. Zum Ausgleich wird man eventuell Mittel der Anleihe in Anspruch nehmen. Die Regierung will sich auch bereit erklären, zur Unterstützung der Arbeitslosen im Reichslande Barmittel im größeren Umfang zur Verfügung zu stellen. Für die armen Gemeinden, die die Mittel zur Unterstützung an die Familien der im Felde Stehenden nicht aufbringen können, sind gleich zu Beginn des Krieges 30 Millionen Staatsgelder zur Verfügung gestellt worden. Die Pflicht der Rückzahlung bringt für arme und wenig leistungsfähige Gemeinden nach dem Kriege eine schwere Last. Viele Gemeinden scheuen sich deshalb, diese Staatsgelder in Anspruch zu nehmen, und die Folge davon ist, daß die Kriegerfamilien äußerst unzureichend unterstützt werden. In der sächsischen Parteipresse ist wiederholt auf diesen Mißstand hingewiesen worden, und eine Anzahl Gemeinderäte haben auf sozialdemokratische Anregung hin entsprechende Eingaben an die Regierung beschlossen, in denen überhaupt Staatshilfe in größerem Umfang, besonders auch für die Arbeitslosen, gewünscht wird. Die Regierung will nun den armen Gemeinden insofern entgegenkommen, als sie dem Landesauschuss für Kriegshilfe monatlich 800 000 M. zur freien Verfügung stellt. Dabon sollen den notleidenden Gemeinden Mittel ohne eine Pflicht zur Rückzahlung überwiesen werden. Der Betrag dürfte allerdings zur Befriedigung des Mißstandes kaum genügen.

Nurher dieser Vorlage sind noch einige weniger wichtige zu erwarten. So soll den Gemeinden die Möglichkeit gegeben werden, die noch in diesem Jahre fälligen Gemeindevahlen um ein Jahr zu verschieben und alle in Betracht kommenden Man-

date um die gleiche Zeit zu verlängern. Das Inkrafttreten des neuen Gemeindesteuergesetzes soll ebenfalls um ein Jahr hinausgeschoben werden. Diese Maßregel ist bedauerlich und unseres Erachtens auch nicht nötig. Denn der neue Zustand bringt doch einige wesentliche Verbesserungen im Vergleich mit dem jetzigen. Zwei Mandate der zweiten Kammer bleiben vorläufig unberührt. Unser Genosse Heimling schied aus, weil er nach Berlin verzog; ein national-liberales Mandat wurde durch Beförderung des Inhabers erledigt.

Höchstpreise für Kartoffeln.

Der sächsische Oberbürgermeister hat an den Staatssekretär des Innern eine Anfrage wegen Einführung von Höchstpreisen für Kartoffeln gerichtet. Nach der „Nöln. Volkszeitung“ ist folgende Antwort eingegangen: „Vorlage über Festsetzung von Höchstpreisen für Kartoffeln ist dem Bundesrat zugegangen. Staatssekretär des Innern. In Vertretung: Richter.“

Rückkehr Deutscher aus Rußland.

In den letzten beiden Tagen sind auf 6 Dampfern 867 Deutsche aus Rußland nach Stockholm gebracht worden. In den nächsten Tagen werden dort weitere Scharen von Deutschen erwartet. Mehrere sonst zwischen Stockholm und Lübeck verkehrende Dampfer sind zur Bewältigung der Massentransporte von Rammow nach Stockholm herangezogen worden.

Ausweisung der Fremden aus Hamburg.

Die Polizeibehörde, die Landherrenschaften der Geest und Marschlande, sowie die Landherrenschaft Bergedorf erliegen eine Bekanntmachung betreffend die Entfernung der Angehörigen der feindlichen Staaten aus dem Hamburgischen Staatsgebiet, der zufolge laut einer im Entnehmen mit dem königlich preussischen Kriegsministerium getroffenen Anordnung des stellvertretenden Generalstabes der Armee alle Angehörigen der feindlichen Staaten ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht bis zum 20. November d. J. das Gebiet der Stadt Hamburg, sowie das Gebiet der Landherrenschaften der Geest und Marschlande und der Landherrenschaft Bergedorf mit Ausnahme dreier Gemeinden zu verlassen haben.

Von dieser Anordnung werden grundsätzlich auch die aus den feindlichen Kolonien stammenden Personen getroffen. Zu verhandelnde haben die sofortige Festnahme zu gewärtigen. Die Wahl des neuen Aufenthaltsortes im Bezirk des neunten Armeekorps ist mit gewissen Beschränkungen freigestellt. Verboten ist u. a. der Zugang nach Kiel oder Drischaffen am Nordostkanal, Neumünster, nach Drischaffen an der Koeh- und Ostsee sowie einschließlich Behmarn, nach Alsen und den nordfriesischen Inseln, nach dem Elb- und Wesergebiet einschließlich Hamburg und Bremen sowie nach Rostock und Lübeck.

Gegen Verbreitung falscher Gerüchte.

Das stellvertretende Generalkommando des 9. Armeekorps erläßt, wie aus Hamburg telegraphiert wird, folgende Bekanntmachung: Unter Bezugnahme auf meine wiederholten Erlasse, eine Besprechung und Verbreitung unverbürgter Gerüchte zu unterlassen, wird hierdurch mitgeteilt, daß in Hensburg ein Russetier mit Arrest bestraft worden ist, weil er ein unverbürgtes Gerücht öffentlich verbreitet hat.

Stellvertretendes Generalkommando des 9. Armeekorps.
v. Roehl, General der Artillerie.

Ein Spionageprozeß.

Vor dem zweiten Strafsenat des Reichsgerichts begann Freitagvormittag der Spionageprozeß gegen den Kaufmann Kurt Kaul aus Berlin-Schöneberg wegen verlustigen und holländischen Verrats militärischer Geheimnisse. Den Vorsitz führt Senatspräsident Dr. Menge. Zur Verhandlung sind sieben Zeugen erschienen, darunter der ehemalige Vizefeldwebel Pöhl aus Thorn, der vom Kriegsgericht wegen Spionage zugunsten Rußlands zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist. Dem Angeklagten Kaul wird zur Last gelegt, daß er im Jahre 1914 den Versuch gemacht hat, geheim zu haltende Gegenstände an das russische Nachrichtenbureau auszuliefern, ferner in Gemeinschaft mit dem genannten Pöhl Zeichnungen, deren Geheimhaltung geboten war, an das russische Nachrichtenbureau ausgeliefert zu haben. Der Angeklagte, der ein bewegtes Leben hinter sich hat, hielt sich vor zwei Jahren in Serbien und Bulgarien auf und kämpfte von dort aus seine Beziehungen zu Rußland an.

Die Definitivität ist ausgeschlossen. Das Reichsgericht verurteilte den Angeklagten zu fünf Jahren sechs Monaten Zuchthaus, zehn Jahren Ehrenrechtsverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Drei Monate der Untersuchungshaft wurden dem Angeklagten angedreht. Das Reichsgericht hat in der Tat des Angeklagten zwei selbständige Handlungen angenommen, die letzte zusammen begangen mit dem ehemaligen Vizefeldwebel Pöhl. Bei der Tat des Angeklagten habe es sich zwar nicht um geheim zu haltende Dinge gehandelt, doch habe der Angeklagte dies angenommen. Erschwerend fiel ins Gewicht die gewinnfällige Absicht des Angeklagten.

Die Kriegsanleihe in Holland.

Aus Amsterdam wird uns geschrieben:

Der „Dagblende“, der auch in Holland jetzt herrscht, ist ernstlich bedroht durch die von der Regierung eingereichte Finanzvorlage zur Deckung der Kriegskosten. Die Regierung verlangt 275 Millionen Gulden (400 Millionen Mark) — für das kleine Land eine ungeheure Summe. Davon sind 185 Millionen für die Mobilisation, 60 Millionen für soziale Maßnahmen (Unterstützungen, Lebensmittelversorgung usw.), 5 Millionen für die belgischen Flüchtlinge und 75 Millionen für die Deckung des Steueranfalls vorgesehen. Die Regierung will diese Kosten durch eine fünfprozentige freiwillige Anleihe und, soweit diese nicht voll gezeichnet wird, das fehlende durch eine vierprozentige Zwangsanleihe zusammenbringen. Es sollen in letzterem Falle die Vermögen über 75 000 Gulden in der Höhe von einem bis sieben Prozent herangezogen werden. Nach drei Jahren soll die ganze Anleihe schon verwandelbar sein; das Parlament kann sie eventuell auch in eine einmalige Kapitalabgabe umformen. Während dieser drei Jahre können die Zinsen für diese Anleihe und die Abgangskosten aus den Einnahmen, die durch die zehn- bis zwanzigprozentige Erhöhung sämtlicher direkten und indirekten Steuern, Zölle und Abgaben erzielt werden.

Die Regierung erklärt, sie habe diese Deckungsweise gewählt aus Ehrfurcht für den Burgfrieden; sie läßt sich den Steuerpflichtigen prinzipiell unangenehm und will dadurch einen Parteienkampf vermeiden. In Wirklichkeit aber macht die Regierung hiermit nur den allerkonserwativen Elementen in den bürgerlichen Parteien, die diese Deckungsart gebilligt haben, Konzessionen, während die fortschrittlichen und einflussreichen Elemente aller Parteien, darin von der sozialistischen Presse kräftig unterstützt, fordern, daß jetzt schon eine einmalige Kapitalabgabe beschlossen wird, damit nicht viele Jahre lang die Staatsfinanzen verkrüppelt sind und jede Reformpolitik ausgeschlossen sein wird. Erklärungsversuche haben schon viele maggebende und schwerere Leute, Fabrikanten, Großhändler usw. sich in dieser Richtung ausgesprochen. Um so sonderbarer mutet es an, daß die Regierung nur der kleinen Gruppe der Konservativen gerecht wird.

68

JANDORF

Woche

68

Spittelmarkt Belle-Alliancestr. Gr. Frankfurterstr. Brunnenstr. Kottbuser Damm Wilmersdorferstr.
 Neu eröffnet: Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 118-119

Verlangen Sie bei Einkäufen Rabattmarken.

Verkauf nicht an Wiederverkäufer.

1 Gaskocher
68 Pf.

2 Kleiderbügel
mit Hosenstrecker
68 Pf.

1 Fussbank
hell oder dunkel
68 Pf.

3 Taschentücher
für Militär, farbig
68 Pf.

1 Fleischtopf
Emaille
ca. 20 cm
68 Pf.

1 Spiegel
mit weissem
Rahmen,
ca. 27x40 cm
68 Pf.

1 Haussegel
mit Brandmalerei,
unter Glas,
ca. 25x50 cm
68 Pf.

5 mit
Lederlücken
68 Pf.

2 Handtuch-
Abschnitte
weiss Drell
68 Pf.

2 Paar
Fusslappen
für Militär
68 Pf.

1 Kissenpolster
ca. 40x60 cm, mit
guter Pflanzen-
daunenfüllung
68 Pf.

1 Meter
Häkelkante
Handarbeit
68 Pf.

1 Blusen-
kragen
schwarz Tüll, mit
Kunstseide gestickt
68 Pf.

Wäsche

- 3 Erstlingshemden 68 Pf.
- 2 Unterlagen 68 Pf.
- 3 Kinderlätzchen ... 68 Pf.
- 3 Kinderjäckchen gestrickt 68 Pf.
- 1 Gummi-Unterlage 68 Pf.

Weisswaren

- 1 Tüllpasse zum Unterziehen in vielen Ausführungen, schwarz, weiss, elfenbein 68 Pf.
- 1 Kindergarnitur Matrosenform aus Stickereistoff, Kragen u. Manschetten
- 1 Blusenkragen aus Glasbatist, Volle, Spachtel
- 1 Weste modern, aus Rips, mit Hohlsummen, feine Form
- 1 Jackenkragen aus Rips, neue Formen, mit gestickter Ecke u. Hohlsummen 68 Pf.
- 1 Meter Stickerei-Volant ca. 27 cm breit, mit Fältchen

Handarbeiten

- 1 Stubenparadehandtuch vorzeichnet
- 1 Mittendecke aus weissem Stoff, mit Einsatz garniert u. vorzeichnet 68 Pf.



- 1 Kissenbezug handgestickt, m. Franzen garniert
- 1 Kissenbezug aus diversen Stoffen, mit Franzen, garniert und vorzeichnet
- 1 Staubtuchtasche 68 Pf. aus Filz- od. Aidastoff, vorzeichnet Pf.
- 1 Messer- u. Gabeltasche vorzeichnet
- 1 Läufer handgestickt... 68 Pf.

Schweizer Stickerei-
Ein- od. Ansätze, viele Breiten
u. Muster, Kupon ca. 4,10 Mtr. 68

Schürzen

- 1 Hausschürze ausge-
streift, Stoff, m. Volant u. Tasche
- 1 Mädchenschürze hübsch garniert, verschiedene Größen
- 1 Mädchenschürze weiss, mit Stickereinsatz, verschied. Größen
- 1 Tändelschürze m. Trägern, weiss o. bunt
- 1 Knabenschürze mit Spieltasche, ca. 45-55 cm lang

Kurzwaren

- 12 Dutzend Druckknöpfe garantiert rostfrei
- 1 Armblattaille waschbar... 68 Pf.
- 1 Nähzeug für unsere Soldaten mit reicher Füllung
- 2 Paar Armblätter mit prima Gummipolster... 68 Pf.
- 1 Dutzend Ulsterknöpfe grosses Farbensortiment
- 1 gefüllter Nähkasten 68

Wirtschaftsartikel

- 1 Waschständer 68 Pf.
- 1 Topfbrett ca. 70 cm lang, gelb oder grau gestrichen 68 Pf.
- 1 Wäschetrockner mit 10 Stäben
- 1 Küchenbrett gross .. 68 Pf.
- 1 Briefkasten 68 Pf.
- 1 Eckbrett 68 Pf.
- 1 Putzkasten zusammen 68
- 1 Wichskasten } 68

- Kunstseide Streifen oder Karos
- Hauskleiderstoffe in dunklen Dessins
- Blaugrüne Schotten doppeltbreit

- Blusenstoffe viele Stoffarten
- Lodenstoffe für Röcke und Kleider
- Velour-Barchent in hübschen Mustern

Porzellan

- 1 Kaffeekanne (für 12 Pers.) zusammen 68
- 1 Milchtopf
- 1 Zuckertöse mit Deckel
- 4 Kaffeetassen mit Untertassen, Gold- oder Blumendekor 68 Pf.
- 1 Kartoffelschüssel mit Deckel, Golddekor
- 4 Kaffeetassen mit Untertassen, Gold- oder Blumendekor 68 Pf.
- 6 Kaffeetassen mit Untertassen, moderne Formen 68 Pf.

- 1 Butterglocke
- 1 Salz- u. Pfeffermörse mit Golddekor... 68
- 1 Kaffeekanne konische Form, 8 od. 10 Tassen 68 Pf. Inhalt...
- 6 Speiseteller Feston oder gerippte Form, tief 68 Pf. oder flach 68 Pf.
- 6 Abendbroteller mit Golddekor
- 1 Schaumlöffel
- 1 Schöpflöffel 68
- 1 Teesieb mit Golddekor
- 1 Saucenschüssel mit Henkel
- 1 Bratenplatte

- Daulas für Bettstücher, ganze Breite..
- Züchen Deckbreite...
- Vorhangstoff

- Schürzenstoffe ca. 115 cm breit, in verschiedenen Streifen
- Körper - Barchent weiss, für Röcke oder Bekleidungsartikel

- 1 Wedel
- 1 Ausklopfen ... 68 Pf.
- 1 Teppichhandfeger 68
- 1 Rosshaarhandfeger 68
- 1 Borstenbesen 68 Pf.



- 3 grosse Vorratsbüchsen 68 dekoriert, sortierte Aufschriften Pf.
- 1 Müllschaufel dekoriert zusammen 68
- 1 Handfeger
- 1 Gasschlauch ca. 1 Meter lang gelb od. grau gestrichen .
- 1 Handtuchhalter

Steingut

- 10 Speiseteller tief od. flach... 68 Pf.
- 3 Salat- oder Gemüseschüsseln
- 1 Waschsüssel zusammen 68 Pf.
- 1 Wasserkanne weiss o. bunt konische Form ca. 1 1/2 und 1 Liter
- 2 Vorratsstößen modern dekoriert
- 1 Essig- und Oelflasche modern dekoriert

Glas

- 1 Butterdose u. Zuckerschale 63 schwarzes Pressmuster
- 2 gr. Salatschüsseln 68
- 6 Bierbecher karl- oder Viktoriaform 68
- 2 Kompottschüsseln ca. 23 cm und ca. 17 cm, schweres Pressmuster 68
- 1 Satz Schüsseln hübsches Pressmuster, 4 oder 5 Stück
- 1 Käseglocke schwarzes Pressmuster 68
- 4 Tee- oder 4 Bierbecher reich geschliffen

Seifen

- 3 Stück Liliencremeseife
- 4 Riegel Sparkernseife
- 1 Flasche Bay-Rum 68 Pf.
- 1 Flasche Brillantine zusammen 68
- 1 Bartbinde
- 1 Kopfbürste Celluloid, weiss... 68 Pf.

Taschentücher

- 6 Linontücher für Militär, gebrauchsfertig
- 6 Taschentücher für Kinder, weiss mit farbig. Kanten
- 6 Batisttücher für Damen, weiss mit Hohlraum
- 3 Batisttücher für Herren, weiss mit farbig. Kanten

Baumwollwaren

- 5 Poliertücher 68 Pf.
- 3 Drellhandtücher weiss 68
- 2 Stubenhandtücher gesäumt u. gebündert, Drell
- 2 Abwaschtücher zusammen 68 Pf.
- 2 Poliertücher
- 2 Scheuertücher

Herren-Artikel

- 1 Herren- o. Knaben Sportmütze für Knaben
- 1 Prinz-Heinrich-Mütze für Knaben, feldgrau
- 1 Soldaten-Mütze Selbstbänder oder Regatta, moderne Muster
- 1 Krawatte garantiert 4fach, in verschied. moderner Formen
- 2 Kragen

Emaille

- 1 Milchtopf gebauht, ca. 15 cm 68 Pf.
- 1 Durchschlag mit 8 verschiedenen Einlagen, ca. 18 cm Pf.



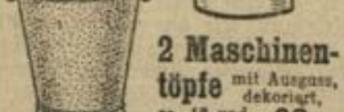
- 1 Bratpfanne ca. 25 cm 68 Pf.
- 1 Schmortopf ohne Ring ca. 20 cm 68 Pf.
- 1 Schmortopf mit Ring ca. 18 cm 68 Pf.
- 1 Maschinentopf dekoriert gestanzt mit Ausguss, ca. 14 cm



- 1 Schüssel mit Schnapp ca. 30 cm 68
- 1 Kasserolle mit Ring ca. 18 cm 68 Pf. dekoriert



- 1 Paar Paullöffel für Kinder o. Damen, verschiedene Ausführungen 68 Pf.



- 2 Maschinentöpfe mit Ausguss, dekoriert, ca. 12 und 14 cm
- 1 Wassereimer ca. 20 od. 30 cm 68
- 1 Kaffeekanne dekoriert 68 Pf.

Schreibwaren

- 1 Postkarten-Bibliothek für 300 Karten
- 5 Roll. geklopptes Toilettenpapier modern, Format zusammen
- 25 Bogen Briefpapier m. Seldens Futter... 68 Pf.
- 25 Umschläge für Kriegserinnerungen zusammen 68
- 1 Album für Kriegserinnerungen
- 1 Kriegskarte

1 Sport-
Vorhemd
für Herren,
dunkle Muster
68 Pf.

1 Paar Hosenträger
für Herren, starker
Gummil, oder Band,
m. auswechselbaren
Gummiteilen... 68 Pf.

2 Tüll-
Scheibenschleier
68 Pf.

1 Postkartenalbum
für 300 Karten,
geschmackvoller
Einband
68 Pf.

1 Fussmatte
schwere Qualität
68 Pf.

6 Abwasch-
tücher
mit Kante
68 Pf.

12 Aluminium-
Teelöffel
68 Pf.

6 Aluminium-
Esslöffel
68 Pf.

1 Paar Paullöffel
für Kinder o. Damen,
verschiedene Aus-
führungen
68 Pf.

1 Paar Handschuhe
für Damen, mit
Waschleder, gelb,
2 Druckknöpfe
68 Pf.

1 Paar Handschuhe
für Damen, Trikot,
farbig, mit initiiertem
schwed. ritter
2 Druckknöpfe... 68 Pf.

3 Küchen-
handtücher
Gesamtkorn
mit Kante
68 Pf.

3 Geschirr-
tücher
ca. 35x55 cm, ge-
säumt u. gebündert
68 Pf.

1 Küchen-
lampe
68 Pf.

12 Gas-
zylinder
68 Pf.

3 Glüh-
strümpfe
2 für Stehlucht,
1 für Hängelicht
68 Pf.

1 Markttasche
mit Ecken und
Lederbeutel,
ca. 35 cm
68 Pf.

1 Wachstum-
Küchen-
tischdecke
68 Pf.

1 Handtasche
moderne Form
68 Pf.

Aus der Partei.

Der Handreich des württembergischen Landesvorstandes. Der durch die Einlegung des Genossen Keil als Chefredakteur der „Schwäbischen Tagwacht“ heraufbeschworene Konflikt hat mit einem vorläufigen „Sieg“ des württembergischen Landesvorstandes geendet.

Der Landesvorstand beschloß, an seiner Auffassung festzuhalten, daß es dringend notwendig ist, bis auf weiteres einen leitenden Redakteur einzusetzen. Die Vertreter des Parteivorstandes empfahlen, von einem Beschluß in diesem Sinne abzusehen.

Daß der Landesvorstand dem Beschluß des Landesvorstandes beitreten würde, war nach dem bisherigen Verhalten des ersteren während des Redaktionskonfliktes voranzusehen.

Der Sender „Boornit“ über die Verlegung des Internationalen Sozialistischen Bureaus.

Aus Amsterdam schreibt man uns: Der „Boornit“ gibt in seiner Nummer vom 13. d. M. die Bemerkungen der Wiener „Arbeiterzeitung“ über die Frage der Verlegung des Bureaus nach dem Haag und über den angeführten Widerstand der französischen Sozialisten gemachten Vermittlungsvorschlag wieder und fügt seinerseits hinzu:

Es gibt uns Gelegenheit zu sehen, daß der Gedanke des Exekutivkomitees von unserem Bruderorgan auf diese Weise aufgenommen wird. Und nicht zumindes wegen der Art, wie die Empfehlung geschieht, mit der Absicht, seine und unsere französischen Freunde zu befriedigen.

Die Wirkungen des Krieges auf die Parteiorganisationen.

Im Bezirk Westliches Westfalen wurden über 28 Proz. der sozialdemokratischen Parteimitglieder zum Heere eingezogen. Eine Aufstellung in den neun Kreisen des Bezirks ergibt folgendes Resultat: Es waren am 1. April vorhanden und davon bis zum 1. Oktober eingezogen in den Wahlkreisen: Minden-Nähe 1470 Mitglieder, eingezogen 322, Herford-Halle 1833 (453), Bielefeld-Bielebrück 8057 (2223), Baderborn-Büren 15 (4), Warburg-Dörte 14 (6), Lipphadt-Verlön 45 (12), Lingen-Neppen 47 (10), Schaumburg-Lippe 881 (129), Lippe 1099 (278). Es stehen also insgesamt von 13085 Mitgliedern 3435 im Felde.

Redaktionswechsel in Braunschweig.

Die politische Redaktion des „Vollstreuer“ in Braunschweig hat an Stelle des aus der Redaktion ausgeschiedenen Genossen Richard Wagner Genosse Dr. Thalheimer aus Cannstatt-Stuttgart übernommen.

Gewerkschaftliches.

Militärbehörden für den Tariflohn.

Unsere Gewerkschaften müssen ständig ein sehr wachsam Auge auf jene Unternehmer haben, die die jetzige Zeit zu unberechtigten wirtschaftlichen Vorteilen auszunutzen suchen. Trotzdem gelingt es vielen Unternehmern in der Kriegsindustrie, die dort bestehende Hochkonjunktur allein für ihren Geldbeutel auszunutzen.

„Artilleriewerkstätte Spandau.“

An die Firma Es ist in Erfahrung gebracht, daß Sie an Ihre Arbeiter zu niedrigen Löhnen zahlen. Sie haben sich an den vom Deutschen Soldarbeiterverband aufgestellten Tarif zu halten.

Diese Mitteilung läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Öffentlich nehmen sie sich die in Betracht kommenden Unternehmer zur Notiz und geben nicht weiter Anlaß zu Beschwerden über Lohnrückerei.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter!

Von verschiedenen Kollegen wird uns folgender Vorgang aus dem Arbeitsnachweis des Verbandes Berliner Metallindustrieller gemeldet:

Wenn die vom Arbeitsnachweis des Deutschen Metallarbeiterverbandes an die verschiedensten Firmen vermittelten Arbeitslosen von diesen Firmen, nachdem sie eingestellt sind, veranlaßt werden, nach dem Arbeitsnachweis der Metallindustriellen zu gehen, wird auf dem Arbeitsnachweis der Metallindustriellen versucht, unsere arbeitslosen Kollegen, die doch bereits von anderen Firmen eingestellt sind, zu veranlassen, die ihnen vermittelten Stellen nicht anzunehmen, sondern bei der Firma Siemens u. Goldke in Arbeit zu treten.

Auf dieses Verhalten ist es zweifellos zum großen Teil zurückzuführen, wenn sich Betriebe darüber beklagen, daß die von uns vermittelten Arbeitslosen ihre Stellung nicht angetreten haben.

Wir ersuchen alle diejenigen Kollegen, denen das oben Gesagte oder ähnliches passiert ist, sich umgehend bei uns zu melden und ihre Adresse anzugeben, da wir beabsichtigen, dagegen Maßnahmen zu treffen.

Deutscher Metallarbeiterband, Ortsverwaltung Berlin.

Werden im Schneiderberuf die tariflichen Bestimmungen eingehalten?

Laut Beschluß der Arbeitgeberorganisation sind den Zuschneidern vom 19. Oktober ab wieder die tariflichen Löhne zu zahlen. Dies wird aber, wie in einer vom Verband der Schneider einberufenen Versammlung der Zuschneider festgestellt wurde, vielfach nicht befolgt. Eine ganze Reihe von Firmen umgeht die Bestimmungen, zum Teil sind auch Abzüge vorgenommen worden.

Deutsches Reich.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit

wird durch einige Einzeldarstellungen wiederum bewiesen. Bei Ausbruch des Krieges stieg die Arbeitslosigkeit in der Tabakindustrie auf über 30 Proz. Jetzt ist nach Mitteilung des Tabakarbeiterverbandes durch den gesteigerten Kriegsbedarf und die Liebesgabenpende an die Truppen die Arbeitslosigkeit auf den in regulärer Zeit zu verzeichnenden Prozentsatz herabgedrückt.

Ein gleiches Bild bietet das Metallgewerbe. Nach den Angaben der Organisation ist in der 18. Kriegswoche die Arbeitslosigkeit auf 7,9 Proz. herabgesunken; in der Vorwoche betrug sie noch 9,1 Proz., kurz nach Ausbruch des Krieges 10,7 Proz.

Im Holzgewerbe ist dagegen die Arbeitslosigkeit immer noch eine sehr hohe, immerhin sank sie auf 16,8 Proz. in der 14. Kriegswoche von 43 Proz. bei Kriegsbeginn.

Soziales.

Unterliegt der Vertrieb von Zigarren in einem Restaurant dem Abnahmehändler?

Ueber diese Frage hatte am Montag das Kammergericht zu befinden. Mit der Gesellschaft „Großköl“ in Köln, die einen Vergnügungspalast betreibt, hatte der Zigarrenhändler Heellen einen Vertrag, wonach er in den Restaurationsräumen Zigarren und Zigaretten feilhalten durfte. Er hatte dort einen Stand, wo die Gäste oder Kellner Zigarren und Zigaretten holen konnten, auch wurden seine Zigarren im Umhergehen im Restaurant angeboten.

Das Kammergericht verwarf die von der Staatsanwaltschaft eingelegte Revision mit folgender Begründung: Es handle sich hier um die Frage, ob ein Gewerbebetrieb in einer Schankwirtschaft, der an sich nicht ohne weiteres Schankwirtschaft sei, wie der Handel mit Zigarren, Blumen, Ansichtskarten, sich als einen Bestandteil des Schankbetriebes darstelle und nur den für diesen geltenden Vorschriften unterliege.

Das Kammergericht verwarf die von der Staatsanwaltschaft eingelegte Revision mit folgender Begründung: Es handle sich hier um die Frage, ob ein Gewerbebetrieb in einer Schankwirtschaft, der an sich nicht ohne weiteres Schankwirtschaft sei, wie der Handel mit Zigarren, Blumen, Ansichtskarten, sich als einen Bestandteil des Schankbetriebes darstelle und nur den für diesen geltenden Vorschriften unterliege.

Das Kammergericht verwarf die von der Staatsanwaltschaft eingelegte Revision mit folgender Begründung: Es handle sich hier um die Frage, ob ein Gewerbebetrieb in einer Schankwirtschaft, der an sich nicht ohne weiteres Schankwirtschaft sei, wie der Handel mit Zigarren, Blumen, Ansichtskarten, sich als einen Bestandteil des Schankbetriebes darstelle und nur den für diesen geltenden Vorschriften unterliege.

Den Kriegsteilnehmerfamilien Arbeitszwang statt Unterstützung?

Wie notwendig eine klare und zweifelsfreie Gestaltung des Gesetzes über die Unterstützung der Familien von Kriegsteilnehmern ist, zeigt ein aufsehenerregender Erlaß des Oberpräsidenten in Westpreußen. Nach diesem Erlaß hat es den Anschein, als solle den Frauen und Kindern der Kriegsteilnehmer, die sich weigern, bei den Ostbesatzern zu arbeiten, die Kriegsunterstützung entzogen werden.

Der Oberpräsident von Westpreußen hat in einem Erlaß an die Landräte diese ersucht, die bereits bewilligten Familienunterstützungen und die noch eingehenden Anträge auf Bewilligung solcher daraufhin zu prüfen, ob bei den Empfängern tatsächlich Bedürftigkeit vorliegt. Eine solche werde grundsätzlich dann nicht anzunehmen sein, wenn ungeachtet hinreichender und angemessener Arbeitsmöglichkeiten kein Gebrauch davon gemacht wird.

Der Oberpräsident sagt in seinem Erlaß, es sei ihm mitgeteilt worden, daß in verschiedenen Teilen der Provinz sich Frauen und Familien von Insultierten und anderen Arbeitern, die im Felde stehen, der in anderen Jahren von ihnen verrichteten Arbeit entziehen, weil sie infolge der Weiterempörung von Deputat oder sonstigen Zuwendungen, sowie durch den Bezug der Familienunterstützung in die Lage versetzt wären, auf Arbeitsdienst zu verzichten. Es gewinne den Anschein, daß da, wo diese Ercheinungen hervorgetreten sind, bei Bemessung der Familienunterstützungen dem im § 1 des Reichsgesetzes vom 28. Februar 1888 vorgesehenen Moment der Bedürftigkeit nicht eine hinreichende Bedeutung beigemessen worden sei.

Der Erlaß kann sehr leicht dahin ausgelegt werden, als solle den Frauen und Kindern von Kriegsteilnehmern ihr Recht auf Unterstützung für den Fall entzogen werden, daß sie es ablehnen, eine ihnen nicht zuzugende Arbeit zu verrichten. Ein solcher Erlaß widerspricht dem Reichsgesetz.

Es wird dringend erforderlich, daß der Reichstag, der am 2. Dezember zusammentritt, solchen Verletzungen der Rechte der Familien der Kriegsteilnehmer durch eine Änderung des Gesetzes scharf entgegentritt. Ein Recht auf Unterstützung im Sinne des Reichsgesetzes liegt stets da vor, wo der Unterhalt im wesentlichen von dem aus der Arbeit des ins Feld Gerufenen erzielten Einkommen abhängig war. In all diesen Fällen ist der Lieferungsverband verpflichtet, die Unterstützungen zu leisten, gleichviel ob die Frau oder gar die Kinder arbeiten. Dies ist der aus der Entstehungsgeschichte, dem Wortlaut und Text klar hervorgehende Sinn unseres deutschen Reichsgesetzes. Im österreichischen Gesetz

ist dieser Zweck noch klarer gestellt. Es sollte die erste Pflicht des Landwehres nur in West- und Ostpreußen angutreffenden Verkümmern der Rechte der Familien der Kriegsteilnehmer entgegenzutreten. Ein direkter oder indirekter Zwang zur Arbeit ist unzulässig. Die Unterhaltungen sind übrigens so gering, daß gerit jede Frau durch angemessen bezahlte Arbeit etwas zuberdiene, wenn sie arbeitsfähig ist.

Berichtszeitung.

Betrügerische Aneignung der Wohltätigkeit.

Unter der Anklage der Urkundenfälschung und des Betruges stand gestern der Kellner Alfred Dörpe vor der 2. Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte war als deutscher Kellner in Lüttich beschäftigt gewesen und bei Ausbruch des Krieges von dort nach dem Reichsgebiet geflohen. Er ist dann nach Berlin gekommen und hat sich hier arbeitslos aufgehängt. Er schnornte unter Vorzeigung einer gefälschten Bescheinigung teilweise mit Erfolg Privatpersonen und Wohltätigkeitsinstitutionen an. Das Gericht verurteilte den Brandstifter zu fünf Monaten Gefängnis.

Kleine Nachrichten.

Die Schuldigen.

Nun wissen wir, wer den Krieg verschuldet hat. Und zwar aus Zeterow im Lande Mecklenburg kommt die Weisheit. Während es in deutschen Blätterwalde jezt andauernd davon rauft, daß England oder Rußland oder Frankreich die Schuld an diesem Weltkriege hätten, schreibt die „Zeterower Zeitung“ jezt „zum Wuttag“:

„Über ist es nicht richtig, daß vor dem Ausbruch des Krieges die wahrhaft deutschen Männer seltener geworden waren? Deutsche Männlichkeit war aus der Mode gekommen. Zerrbilder von Männern, die ihren Stolz nur in lächerlichen Keuschlichkeiten sahen, waren zuletzt nicht mehr bloß auf den Straßen großer Städte, sondern auch anderswo zu finden. . . . Was Wunder, wenn auch das Christentum ins Wanken gekommen war! Nicht um das Christentum, das im fruchtlosen Parteikampf sich aufreibt, handelt es sich dabei. Die Stellung des einzelnen zu seinem Gott, das ist gemeint. Sie war nicht mehr so, wie sie sein sollte. Das konnte nicht so weiter gehen. Darum mußte der fürchtbare Krieg kommen. Und daß er unvermeidlich war, das ist unsere Schuld. Heut wollen wir sie eingestehen und uns in Demut beugen vor unserem Gewissen und vor unserem Gott.“

Wertwürdig, was manchmal so dabei heraus kommt, wenn in die Politik hineingepredigt wird.

Doppelmord in Bayern.

Wie ein Telegramm aus Hof meldet, wurden in dem benachbarten Orte Joditz am Freitag früh die Ehefrau des Grundbesitzers Dieß und deren Mutter, eine Frau Heller, mit durchschnittenen Kehlen im Bette liegend tot aufgefunden. Auf einem Tische lag ein blutiges Messer, mit dem augenscheinlich der Mord ausgeführt worden ist. Als Täter kommt der früher dort im Dienst gewesene Knecht Steger in Betracht, von dem jede Spur fehlt. Der Chemann der ermordeten Frau sieht zurzeit im Felde.

Schwerer Jagdunfall.

Ein schwerer Jagdunfall ereignete sich Donnerstagfrüh in der Nähe des Vorwerkes Reuzorge bei Grabis. Auf dem Anstand wurde der bei dem königlichen Hauptgejät Grady angestellte Förster Glawensky von dem mit ihm auf Anstand befindlichen Jagdhändler Fischer aus Zergau infolge eines fehlgegangenen Schusses in den Unterleib getroffen. Glawensky, der sich von seinem Plage begeben haben soll, erlag alsbald seinen schweren Verletzungen.

Ein Banknotenfälscher.

Für etwa 200 000 M. deutsche Reichsbanknoten zu je hundert Mark hat ein am 18. November in München festgenommener Kaufmann und ehemaliger Chemigraph im Laufe der beiden letzten Jahre angefertigt. Die Banknoten sind äußerst geschickt gefälscht. Selbst Banken wurden gelegentlich getäuscht. Nach den bisherigen Ermittlungen scheinen nicht mehr als etwa 50 bis 60 Stück in den Verkehr gelangt zu sein. In der Wohnung des Täters wurden noch für 197 000 Mark falsche Banknoten und alle zu ihrer Herstellung benötigten Maschinen gefunden. Der Verhaftete hat die Noten allein angefertigt und teils hier, teils auswärts in den Verkehr gesetzt. Er ist in vollem Umfang geständig.

Gegen anonyme Denunzianten.

Gegen die Anonymen erläßt das stellvertretende Generalkommando des 7. Armeekorps (General v. Biffing) folgende Bekanntmachung:

„Eingaben und Anzeigen, die keine Unterschrift tragen, haben auf Beachtung nicht zu rechnen. Man sollte meinen, diese paar Worte, die vor Wochen in einer Bekanntmachung von hier gestanden, seien so selbstverständlich, daß sie eigentlich nicht gesagt zu werden brauchten. Wer das glaubt, kennt unsere Anonymen nicht. Sie suchen nach wie vor das Generalkommando mit ihren Episteln heim, zeigen mit Fingern auf diesen und jenen, beschweren sich über Militär- und Zivilbehörden, erteilen Rat, wie man's bessern soll, wissen alles und noch einiges mehr. Es ist wirklich und wahrhaftig so: alle Behörden leben von Bestechung, und Recht und Gerechtigkeit geben keinen Anteil an der Strafe! Junge Leute kommen frei, während andere, die Frau und Kinder haben, fort müssen ins Feld; dieses kann doch nur durch blaue Lappen möglich sein!“ Du giftiger, nichtsmärdiger Schreiber! An die Front mit Dir, wo die Äugeln Dir ein anderes Lied singen!“

Die Arbeit der Feldpost.

Etwa fünf bis sechs Millionen Feldpostbriefe werden jezt nach amtlicher Mitteilung täglich in der Heimat aufgeschickt. Da wir seit 110 Tagen Krieg haben, so ergibt dies mindestens eine halbe Milliarde Feldpostbriefe, die bis jezt etwa aufgeschickt sein mögen. War in den ersten Wochen auch die Feldpost noch nicht im Gange und die Zustieferung auch später noch vielleicht nicht so umfangreich wie jezt, so dürfte dies durch die steigende Vermehrung längst ausgeglichen sein. Bei dieser Menge ist es begreiflich, wenn nicht alle Sendungen ihr Ziel erreichen. Ein erheblicher Teil der Briefe kommt nicht einmal über die Postamtsstellen hinaus. Entweder ist die Adresse unzureichend oder die Sendung so schlecht verpackt, daß sie auseinandergefallen ist. Man hat erst versucht, alle beschädigten Sendungen in Stand zu setzen, ist aber mehr und mehr davon abgekommen, so daß der Abiender wohl nach kurzer Zeit von den Mängeln unterrichtet werden konnte. Den Anforderungen der Beförderung in Felde sind die Sendungen dann doch nicht gewachsen. Ein anderer Teil der Sendungen ist den Gefohren und Zufällen ausgesetzt, die nur einmal der Krieg mit sich bringt.

